



AKADEMIE-REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Die Netflix-Serie

SQUID GAME

Stefan Stiletto

im Politiku
rich

pathetisch

rad

Südkoreanische
Kino

durchge-
stylt

exzessiv

Kra

Kreative Konzepte politischer Bildung

ab Seite 4

Menschenrechte

„Warum besinnen wir uns nicht in dieser kritischen Situation?“ Gerhart Baum zum 75-jährigen Jubiläum der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. **Seite 16**

Krieg in der Ukraine

Ein Blick auf den Ukrainekrieg durch die „nicht-westliche“ Brille offenbart eine komplexe Gemengelage aus geopolitischen Veränderungen. **Seite 22**

Energiewende

Welche Weichen braucht es, um die Energiewende Realität werden zu lassen und wie befreien wir uns aus der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern? **Seite 24**



Politische Bildung
mit Nepomuk ab
Seite 4

POLITISCHE BILDUNG

- 4 Popkultur trifft politische Bildung
- 10 Räume öffnen und Imaginationskraft stärken
- 12 Politische Prägung durch Unterhaltung:
Literatur und Fernsehen als
Gegenstand politischer Bildung

POLITIK

- 16 Gerhart Baum zum 75-jährigen Jubiläum der
Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte
- 20 Podcast Episode 26:
Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
- 22 Der Krieg in der Ukraine als
Spiegel globaler geopolitischer Interessen

WIRTSCHAFT

- 24 Die Vision der Energiewende



Zum Krieg in der Ukraine ab Seite 22



Zum deutsch-tschechischen Miteinander ab Seite 30

GESUNDHEIT

- 26 Kommunale Verantwortung und
Handlungsmöglichkeiten

KULTUR

- 30 Jaroslav Rudiš über Brücken
im deutsch-tschechischen Miteinander

NACHRUF

- 34 Zum Tod von Wolfgang Schäuble

AKADEMIE INTERN

- 35 Namen und Nachrichten – Kollegium
- 36 Namen und Nachrichten – Direktorin
- 36 Impressum

TITELABB.: Illustration und Nepomuk:

© ANDREAS HOFFMANN

Blick über den See



Ob sich die derzeitige Mobilisierung der bundesdeutschen Bevölkerung auch auf die Wahlbeteiligung und vor allem die Wahlentscheidung der Bürgerinnen und Bürger niederschlagen wird, können wir erst nach der Europawahl, den neun Kommunalwahlen und den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg wissen.

Die Erleichterung und Freude, dass die „schweigende Mehrheit“ sich gegen extremistische Menschenfeindlichkeit stellt, sind berechtigt. Gleichzeitig muss sowohl den Bürgern als auch den Politikern bewusst sein, dass die Arbeit für die freiheitliche Demokratie damit erst beginnt. Die Demonstrationen ändern nämlich nichts am Glaubwürdigkeits- und Ansehensverlust der politischen Amts- und Mandatsträger unserer seriösen Parteien. Um diesem zu begegnen, ist in erster Linie

Sacharbeit erforderlich. Und zwar nicht auf Nebenschauplätzen, sondern in den Bereichen, auf denen ein Großteil der Bevölkerung staatliches Handeln vermisst: allen voran innere und äußere Sicherheit, Erhalt der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und zukunftsfähige Infrastrukturen. Das allein sind schon immense Aufgaben. Hinzu kommt eine weitere Notwendigkeit: Wer die Kluft zwischen der Bevölkerung in Stadt und Land sowie „der“ Politik abbauen will, muss sich auch mit der Einschätzung auseinandersetzen, dass in den Parlamenten zu viele Abgeordnete saßen, die keinerlei Berufserfahrung jenseits des politischen Betriebs hätten.

Diese massive Kritik an der zentralen Funktion politischer Parteien, ebenso fähigen wie überzeugenden politischen Nachwuchs zu rekrutieren, ist aber auch ein Hinweis an die Bürgerschaft. Die Lösung für dieses Problem besteht nämlich nicht darin, in den Gemeinden auf (vermeintlich) überparteiliche Kandidaten zu setzen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Für die lebendige Verbindung zwischen Bürgerschaft und staatlichen Institutionen ist mindestens zweierlei erforderlich: Bürgerinnen und Bürger, die bereit sind, in die Parteien einzutreten, die auf dem Boden unserer freiheitlichen Grundordnung stehen. Und genauso unverzichtbar sind kommunal aktive Parteien: Sie bilden das Öl im Getriebe unserer repräsentativen Demokratie.

Mit herzlichen Grüßen Ihre

Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für Politische Bildung



Illustration: Andreas Hoffmann



KREATIVE KONZEPTE

POPKULTUR TRIFFT POLITISCHE BILDUNG

Zum Ende des Veranstaltungsjahres 2023 wartete die Akademie mit einem neuen thematischen Akzent auf: Populär- bzw. Popkultur und die damit verbundenen Funktionen und Potenziale in der politischen Bildungsarbeit waren Gegenstand zweier Veranstaltungen in den letzten beiden Novemberwochen.

Den Auftakt machte dabei ein Fortbildungsseminar für Lehrkräfte in Kooperation mit der ALP Dillingen. Unter dem Titel „Popkultur macht Schule – Werkstatt für den Politikunterricht“, vom 20. bis 22. November 2023, erkundete ein enger Kreis von zehn Lehrkräften die Praktikabilität von populärkulturellen Medien für die Vermittlung von Politikunterricht.

Konzeptionell erhielten die Teilnehmenden dabei sowohl Infos von Medienschaffenden aus erster Hand, als auch didaktische Impulse von Fachleuten, die größtenteils Unterrichtserfahrung mitbrachten und somit „aus der Unterrichtspraxis für die Unterrichtspraxis“ referierten. Im Anschluss sollten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars die vorgestellten Themen als Anregung nutzen, um eigene Bausteine für ihre Arbeit im Politikunterricht zu erarbeiten.

TikTok und Instagram eröffnen neue Räume

Als Referent eröffnete Niko Kappe mit einem Onlinevortrag das Seminar. Einerseits ist Niko Kappe Lehrer an einer Schule in Berlin-Mitte und damit einem sogenannten sozialen Brennpunkt. Daneben ist er als Digital-Content-Creator auf TikTok und Instagram aktiv. Wobei er zwischen den beiden Rollen nicht mehr strikt trennt. Früher habe er diese Differenzierung durchgezogen, erläuterte Kappe, doch mit der Zeit erachtete er die künstliche Trennung als sinnfrei, weil die beiden Rollen zu stark verschwimmen bzw. sich gegenseitig befruchten.

Vor allem TikTok ist Kappes favorisierte Social-Media-Spielwiese, auf der er als nicothec (d.h. „Niko the Cap“) seine Kurzvideos postet, die sich mit einem bunten Blumenstrauß an Themen befassen. Von Problemen des Schulalltags („Warum lernst du in der Schule eigentlich nicht, was du machst, wenn dein Schulranzen richtig übel riecht?“) bis hin zu Themen der politischen Bildungsarbeit („Warum Deutschland ein Land ist, in dem Meinungsfreiheit sehr wohl existiert?“) postet Kappe regelmäßig und mit hoher Schlagzahl kurze Videos von ungefähr einer Minute Länge, die die charakteristische do-it-yourself TikTok-Ästhetik aufweisen.

Und das sei schon die maximale Länge, bei der Schülerinnen und Schüler heute noch dranbleiben – 30 Sekunden wäre fast noch idealer, erklärte Kappe die Sehgewohnheiten seiner Schülerinnen und Schüler. Jugendliche verbrachten im

Durchschnitt täglich 90 Minuten damit, Kurzvideos auf Social Media anzuschauen – was natürlich nur einen Teil ihrer täglichen Mediennutzung ausmacht. Mit fast einer Million Followern hat es Kappe zu einer beachtlichen Reichweite gebracht und hat im Zuge seiner Formate auch schon Politiker wie Bundeskanzler Olaf Scholz interviewt („Wie viel ist Ihr Outfit wert, Herr Scholz?“).

Kurzvideos auf TikTok und Instagram im Unterricht einzusetzen eröffne eine ganze Reihe an Möglichkeiten, so Kappe. Potenziale wie (positive) Presse für die Schule und interaktive Unterrichtsmethoden bis zur Vermittlung verschiedener Medienkompetenzen (Rechercheverfahren, Quellenkunde, audiovisuelle Storytelling- und Präsentationsformen) gelte es dabei jedoch gegenüber kritischen Aspekten (mangelnde Rezeptionskompetenzen und Datenschutzbestimmungen) für Lehrkräfte zu beachten und gegeneinander abzuwägen.

Politikunterricht mit TV-Serien

Ebenfalls unter der Rubrik „Bewegtbild“ nahm Elisabeth Neulinger den industriellen Unterhaltungsbereich in Form von Spielfilmen und den mondänen, international erfolgreichen „Qualitäts“-TV-Serien der jüngeren Zeit in den Fokus. Unter Rückgriff auf fachdidaktische Impulse, enthielt Neulings Vortrag eine Vielzahl an Vorschlägen, wie und mit welcher Zielsetzung TV-Serien in den Politikunterricht eingebunden werden können. Frappierend war dabei, welche Bandbreite an populären Serien sich für den Politikunterricht eigneten – von im engeren Sinne „Polit-Serien“, die den Politikbetrieb darstellen (z.B. House of Cards) bis zu Serien, die im weiteren Sinne politische Elemente und Fragestellungen aufweisen (The Handmaid’s Tale).

Die Schülerinnen und Schüler seien oft mit den populären Serien vertraut und brächten Vorkenntnisse und Eigeninteresse mit, so Neulinger. Hinsichtlich des oft genannten Zeitproblems gab Neulinger zu bedenken, dass man mit Dialogtranskriptionen, Ausschnitten, Trailern oder sogar mit Standbildern bereits sehr viel anfangen könne und zudem rechtlichen Schwierigkeiten aus dem Wege gehe (bis zu 15 Prozent Laufzeit einer Serienepisode von Streaming-Diensten oder einer gekauften DVD und bis zu fünf Minuten von Filmen und Clips auf YouTube sind im Unterricht lizenzfrei einsetzbar).



Den Einsatz von Comics im Politikunterricht erörterten Barbara Yelin und Nicole Reed.

Foto: Fink (APB)



In Kleingruppen wurde rege diskutiert, was sich für den Unterricht eignet.

Fotos: Wimmer (APB)

Geschichte in Bildern – Comics und Graphic Novels

Ein zweiter Themenblock widmete sich zu Beginn von Tag zwei des Seminars der Mediengattung „Comics“ bzw. „Graphic Novels“. Als Gast durfte die Seminargruppe dabei die bekannte Münchner Comic-Autorin Barbara Yelin in Zusammenarbeit mit Nicole Reed von der Universität Stuttgart begrüßen. Neben einer kleinen Einführung in die formalen Charakteristika des Mediums eröffneten die Referentinnen Einblicke in die Schaffensprozesse und die didaktischen Vorzüge von „Comics“.

„Wie können wir Geschichte in Bildern erzählen?“ Diese Frage, so Yelin, sei ihr künstlerisches Leitmotiv. Demnach eignen sich Comics in besonderem Maße dazu, Geschichte mitsamt den unbekanntenen Leerstellen darzustellen. Schließlich sei es eine originäre Eigenschaft des Comic-Mediums in Form von sequenziellen Darstellungen zu erzählen – getrennt durch „Leerstellen“ zwischen den individuellen Panels, die von den Lesenden imaginativ gefüllt werden müssen, um sich die Sinnzusammenhänge der einzelnen Bilder zu erschließen bzw. sie zu interpretieren.

Ein besonderes Highlight für die Seminarteilnehmerinnen und Seminarteilnehmer war sicherlich Yelins Lesung aus ihrem gerade eben veröffentlichten Buch, eine Comic-Biografie der Holocaust-Überlebenden Emmie Arbel. Panel für Panel in Großformat an die Wand projiziert und die Sprechblasen begleitend mit der Originalstimme der Autorin vorgetragen, waren die Auszüge aus Yelins biografischem Porträt für alle Teilnehmenden ein einmaliges Erlebnis, das unter die Haut ging.

Musik schafft Identifizierungsangebote für die Schülerinnen und Schüler

Joachim Scheuerer hat ursprünglich Germanistik studiert und arbeitete danach als Lehrer an verschiedenen BerufsinTEGRATIONSSCHULEN für junge Menschen mit Fluchterfahrung und Migrationshintergrund. Seit zwei Jahren ist er Bildungsreferent in der Münchner SchlaU-Werkstatt für Migrationspädagogik, eine gemeinnützige Organisation, die Angebote für Schulen und andere Bildungseinrichtungen entwickelt, um Bildungspraxis inklusiv, diskriminierungskritisch und diversitätsorientiert zu gestalten.

Außerdem ist Joachim Scheuerer seit vielen Jahren als semiprofessioneller Musiker aktiv und hat sich vor allem als Hip-Hop-Artist Boshi San in München und überregional einen Namen gemacht. In seiner Tätigkeit als Musikpädagoge im Rahmen des Projekts 5elements kann er die beiden Bereiche Hip-Hop und Bildung miteinander verbinden.

Warum Hip-Hop?

Zum einen ist Hip-Hop das derzeit populärste Musikgenre unter den Jugendlichen und jungen Erwachsenen, ein Genre, das die gesamte Popmusik der letzten Jahrzehnte geprägt habe. Darüber hinaus eigne sich die Hip-Hop-Kultur zur Förderung verschiedener Wertevorstellungen und Kompetenzen, die sich im Bereich der politischen Bildungsarbeit verorten lassen. In seiner Tradition sei die Hip-Hop-Kultur als partizipativer, nichthierarchisch organisierter Gruppenverbund angelegt. Über die Geschichte des Hip-Hop und dessen grundlegenden Identifikationsstiftende Elemente – wie dem Gruppenkreis („Cypher“), dem Prinzip, wonach alle Schüler*innen und Lehrer*innen zugleich sind („Each one teach one“), der Selbstorganisation als Basis für Empowerment und kreativen Konfliktlösungen –, so Scheuerer, können zentrale Themen der politischen Bildungsarbeit schülerorientiert vermittelt werden.

Daran anknüpfend präsentierte der Vortrag von Marietta Hofmann von der Kooperationspartnerin ALP Dillingen, wie Songs und insbesondere politische Lieder im Politikunterricht aus fachdidaktischer Sicht eingesetzt werden können. Songs transportieren Gefühle und Informationen von Zeitzeugen sowie politische Bezüge in konzentrierter Form (z.B. „Ästhetik des Widerstands“), die emotionale Nähe bzw. Identifizierungsangebote für die Schülerinnen und Schüler schaffen können, erläuterte Hofmann.

Didaktische Zugänge durch Digitale Spiele

Das Seminar endete am dritten Tag mit der Mediengattung „Games“ bzw. „Digitale Spiele“. Nicht nur unter Kindern und Jugendlichen, sondern weit darüber hinaus haben Games in den letzten Jahrzehnten massiv an Popularität gewonnen; im Zuge des Gamification-Trends spielen Digitale Spiele auch im



Moritz Fink, Kinza Khan, Stefan Stiletto und Elisabeth Neulinger im Gespräch mit den Teilnehmenden zu Geschlechterbildern in Serien.



Illustrator Andreas Hoffmann mit persönlichem Rekord: 12 Stunden zeichnen am Stück!



So können 3 Tage Workshop in Bildern aussehen.

Bildungsbereich eine zunehmend bedeutende Rolle. Informationen über die Möglichkeiten, Games in den Politikunterricht einzubinden, bekamen die Seminarteilnehmer und Seminarteilnehmerinnen aus erster Hand. Zunächst stellte die Medienpädagogin Anne Sauer die zentralen Aspekte heraus, die bei der Entwicklung sogenannter Serious Games zu beachten sind, also Spiele, die bewusst für didaktische Zwecke entwickelt werden. Sauer hat über viele Jahre das Spielebeurteilungsportal der Bundeszentrale für politische Bildung redaktionell betreut und ist mittlerweile als Game Designerin für den Berliner Spieledienstleister Playing History tätig. Ihr Vortrag stellte den Teilnehmenden das Spiel *Hidden Codes* vor, ein Spiel zur Radikalisierungsprävention, das Playing History im Auftrag der Bildungsstätte Anne Frank entwickelt hatte und das 2022 mit dem bap-Preis Politische Bildung ausgezeichnet wurde.

Als zweites Digitales Spiel präsentierte Shirin Kasraeian von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit das BLZ-Game *Augen auf!* Im Unterschied zu *Hidden Codes* wurde *Augen auf!* von der BLZ selbst produziert und als reines Unterrichtsspiel konzipiert. Das heißt, das Spiel kann mitsamt didaktischen Materialien heruntergeladen werden, ist aber dazu gedacht, von einer Lehrkraft als Spielmoderator gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern auf einem Rechner mit angeschlossener Beamer im Klassenraum gespielt zu werden; daneben gibt es das Spiel zusammen mit einer Handreichung, die kostenlos von der BLZ bezogen werden kann.

Nachdem die Teilnehmenden Hintergrundinformationen zur Entstehungsgeschichte, Architektur und Mechanik der Spiele erhielten, konnten sie die Spiele in der Praxis kennenlernen. Zum Schluss der Games-Einheit und damit am Ende des Seminars gab Patrick Lenz vom Institute for LifeLong Learning an der TU München einen Überblick über die didaktischen Zugänge von Digitalen Spielen im Bereich der (historisch-)politischen Bildung. Welche Arten von Spielen gibt es und wie können sie in den Politikunterricht fachdidaktisch zielführend eingebunden werden?

„BÄÄM! Popkultur trifft politische Bildung“

Vom 27. bis 29. November 2023 lud die Akademie in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg zur dreitägigen Tagung „BÄÄM! Popkultur trifft politische Bildung“ ein. Begrüßen durften wir dabei neben spannenden Referentinnen und Referenten aus Wissenschaft und der politischen Bildung eine Gruppe von interessierten und engagierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern (überwiegend Lehrkräfte aus dem Unterrichtsfach Politik & Gesellschaft) auch Robby Geyer von der baden-württembergischen Landeszentrale. Geyer betreut seit vielen Jahren redaktionell die Publikation der lpb *Politik & Unterricht*, die sich in ihrem Heft 2-3/2021 bereits mit dem Thema „Politik und Popkultur“ befasst hat. Im Anschluss an einen Interessensaustausch bezüglich dieser Ausgabe entstand die Idee zur gemeinsamen Tagung, die Moritz Fink und Kinza Khan zusammen mit Bianca Braun und Robby Geyer von der lpb organisierten.

Eine Besonderheit der Tagung bestand in der durchgängig grafischen Dokumentation durch Illustrator und Zeichner Andreas Hoffmann aus München. Im Zuge der dreitägigen Veranstaltung fertigte Hoffmann in rund 22 Stunden ein ca. 4,50m x 1,50m großes Bild an, das den Ablauf und die Inhalte der Tagung festhielt. Nicht zu vergessen das Debüt eines kleinen Kobolds namens Nepomuk, dessen lebhaftes Gemüt nicht unwesentlich zum Geist der Tagung beitrug. (Fun Fact: Die Herkunft Nepomuks ist nicht völlig geklärt. Der Legende nach, stammt der quirlige Zeitgenosse von den Ufern des Starnberger Sees, doch sein Durst nach Wissen und Bildung zog ihn vor einigen Jahren in die Akademie, wo er seitdem regelmäßig durch die Flure und Hörsäle streift.)

Graphic Recording ist eine relativ junge Form des Mitschnitts, bei der es darum geht, Veranstaltungen in den unterschiedlichsten Weisen grafisch festzuhalten



bzw. zu dokumentieren. Dabei müssen Zeichnerinnen und Zeichner simultan den Inhalt und Ablauf einer Veranstaltung mitverfolgen und live visualisieren. Das kann ganz traditionell mit Stift auf Papier oder digital auf einem iPad o.ä. geschehen.

Wir entschieden uns für die klassische Variante und konnten mit Andreas Hoffmann aus München nicht nur einen Graphic Recorder der ersten Stunde, sondern außerdem jemanden mit einem Händchen für Karikaturen und Cartoonfiguren gewinnen. Dies erschien angesichts des Themas stimmig und hat sich rückblickend als ein gelungenes Match herausgestellt.

Das entstandene Werk ist visuell und inhaltlich beeindruckend. Durch Boten und Zettel konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sich partizipativ in den Graphic-Recording-Prozess miteinbringen und den Zeichner mit Infos „füttern“. Außerdem hat unser Mann am Zeichenbrett dafür gesorgt, dass mit Nepomuk dem Akademie-Kobold die Tagung ihr eigenes Maskottchen erhielt, das nicht nur quer durchs Tagungsprogramm aufpoppte, sondern sich sicherlich auch in Zukunft immer mal wieder zeigen wird. Und ganz nebenbei hat Andreas Hoffmann im Zuge des zweiten Tages einen neuen persönlichen Rekord aufgestellt: zwölf Stunden zeichnen am Stück. BÄÄM!

Aber nun genug der Worte, denn beim Graphic Recording geht es schließlich darum, Bilder sprechen zu lassen. Ein etwas anderer Tagungsbericht, den wir an dieser Stelle in Gänze abdrucken.

Linktipp:



Welche Rolle spielt Popkultur für die politische Bildung?
bit.ly/popkultur-apb

Zu sehen sind die engagierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung (als Gruppen – The Big BÄÄM! Theory, FCK U Schweigefuchs, Die Bingies und Game of Chocolates) und die Referentinnen und Referenten: Annette Loers vom Kulturzentrum Merlin in Stuttgart, Kulturwissenschaftlerin Heidi Süß, Ralf Palandt von der Gesellschaft für Comicforschung, Christina Gibbs von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Games-Produzent Robert May von der bildundtonfabrik, Felix Zimmermann von der bpb, Medienpädagoge Stefan Stiletto, Elisabeth Neulinger vom GSI, Uta Löhner von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Medienwissenschaftler Hanns Christian Schmidt von der Hochschule Macromedia in Köln, Katrin Schlör von der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg, Kinza Khan und Moritz Fink (APB) sowie Stephanie Lorenz, Robby Geyer und Bianca Braun von unserer Kooperationspartnerin (Ipb).

Moritz Fink



Mehr Informationen zu Andreas Hoffmann unter: www.graphic-recording-münchen.com

Räume öffnen und Imaginationskraft stärken

Für Hannah Arendt stand fest: Die Einbildungskraft ist Grundlage der Politik. Politik bedeutet, dass man den Lauf der Dinge verändert.

Die Voraussetzung dafür ist, dass man nicht dem Schicksal ergeben ist. Wenn alles alternativlos wäre, weil beispielsweise eine höhere Macht den Lauf der Welt bestimmte, wäre Politik unmöglich und unnötig. Das wusste im archaischen Griechenland der Dichter und Reformler Solon, der die tief gespaltene athenische Gesellschaft zu versöhnen wusste.

Die Tagung „Selbstwirksamkeit – Imagination – Mut“ in Kooperation mit der Katholischen Stiftungshochschule München, Campus Benediktbeuern untersuchte, was insbesondere Jugendliche aus benachteiligten Milieus befähigen würde, selbst Politik zu machen. René Torkler und Michael Spieker spannten in ihren Eröffnungsvorträgen einen weiten Bogen um die Geschichte des politischen Denkens, in der stets darauf Bezug genommen wird, dass es Mut braucht, um sich vorstellen zu können, dass der Lauf der Welt im Sinne der Gerechtigkeit verändert werden kann.

Freilich entwickelt sich das Vertrauen auf die Wirksamkeit seiner Selbst keineswegs bei allen. Erst jüngst zeigte die Jugendstudie „Hört uns zu!“ im Auftrag der Vodafone Stiftung (2022), dass der Wille, etwas zu verändern, unter Jugendlichen zwar zunächst weit verbreitet ist. Es gibt ein feines Gespür für Ungerechtigkeiten und Gemeinsinn. Ebenso weit verbreitet ist jedoch der Pessimismus hinsichtlich der Politik. So erwartet kaum jemand, dass es in Deutschland in der Zukunft gerechter zugehen wird. Dabei wird deutlich, dass formal höher Gebildete verhältnismäßig



Illustration: iStock, Jorm Sangsorn

stärker glauben, selbst noch einen Unterschied machen zu können. Nur 23 Prozent der formal niedriger gebildeten Jugendlichen haben die Vorstellung, Politik beeinflussen zu können. Eine Folge ist politische Apathie beziehungsweise das Absinken in antagonistische Vorstellungen von Politik. Die Wahl von vermeintlichen „Alternativen“, die tatsächlich gar keine bieten, liegt dann nahe, wie zuletzt auch die U18-Wahl im Vorfeld der bayerischen Landtagswahl zeigte.

Die Politikwissenschaftlerin und Berufsschullehrerin Christine Engartner hatte dazu den Politikunterricht an Berufsschulen untersucht. Trägt er womöglich eher zum Fatalismus als zur selbstbewussten politischen Beteiligung bei? Unter den anwesenden Tagungsteilnehmern jedenfalls wurde starke Kritik an einem Unterricht geäußert, in dem es um das Auswendiglernen der Liste der Bundeskanzler geht, statt darum, sich selbst als politisch handlungsfähig und -berechtigt zu erfahren.

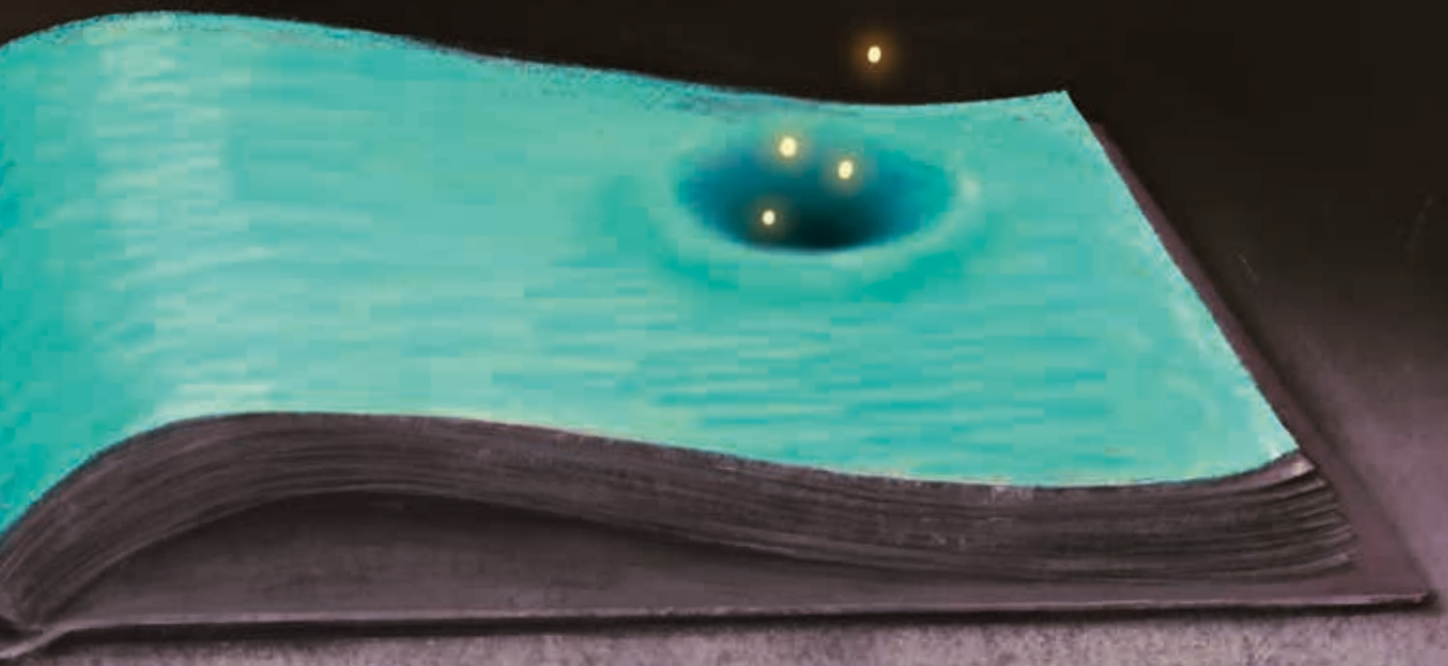
Gestalter ihrer eigenen Umwelt

Krassimir Stojanov stellte anhand eines Projektes mit Berufsschülern das Philosophieren als Methode zur Klärung eigener Werte und als Ermutigung vor, den eigenen Standpunkt zu artikulieren, zu begründen und einer sachorientierten argumentativen Prüfung zu unterwerfen. Die Schriftstellerin Mirijam Günter erprobte mit den Teilnehmerinnen im Rahmen einer Literaturwerkstatt, wie die Imaginationskraft gestärkt werden kann. Sofort entwickelten sich daraufhin tiefgehende Gespräche. Günter führt diese Werkstätten vor allem mit Kindern und Jugendlichen durch, die im Blick der Gesellschaft und oft auch in ihrer Selbstwahrnehmung chancenlos sind und sich gar nicht berechtigt fühlen, auch nur zu denken, dass alles anders und gerechter sein könnte – ein Zusammenhang, der schon vom französischen Soziologen Pierre Bourdieu untersucht wurde.

Wie Jugendliche befähigt werden können, sich als Gestalter ihrer eigenen Umwelt zu betätigen, konnte Tomma Profke von der Stuttgarter Initiative Team Tomorrow zeigen. Es muss ihnen dazu ein Raum eröffnet werden, den sie dann mit ihren Ideen füllen können. Der politische Bildner braucht dann ein feines Gespür dafür, wo er sich zurückhalten muss, um nicht vorzubestimmen, was selbst erfunden werden soll.



Michael Spieker



Politische Prägung durch Unterhaltung: Literatur und Fernsehen als Gegenstand politischer Bildung

Über die spannenden vielfältigen Zusammenhänge und Wechselbeziehungen von Literatur(betrieb), auch als Teil der Populär-Kultur, und Politik hat man sich in der Akademie schon früh Gedanken gemacht.

Im April 1963 waren dazu Literaturwissenschaftlerinnen und Literaturwissenschaftler, Soziologinnen und Soziologen, Pädagoginnen und Pädagogen, Bibliothekarinnen und Bibliothekare, Journalistinnen und Journalisten und Verlagslektorinnen und -Lektoren zur ersten Studienkonferenz „Literatur und Politik“ nach Tutzing eingeladen worden. Die vier-tägige Tagung hatte sich zum Ziel gesetzt, die Spiegelung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse im Medium der Sprache und den direkten und indirekten Einfluss politischer und sozialer Kräfte auf Organisation und Gestalt des literarischen Betriebs zu erhellen. Den pointierten Einführungsvortrag über „Die Nachkriegsliteratur und ihr Echo in der öffentlichen Meinung“ bestritt der Münchner Publizist Wolfgang Grözinger (1902–1965). Ihm schien den zeitgenössischen Literaturschaffenden das politische Lied wieder ein garstig Lied (vgl. Hoffmann von Fallersleben, 1842) geworden zu sein. Es gebräuche der deutschen Nachkriegsliteratur an echter Auseinandersetzung, an klarer politischer Haltung, an Realbezug. Der Geist der Polemik, eingeschüchtert durch die horribelen Ereignisse der vorangegangenen Jahrzehnte, sei erloschen. Die gesamte Literatur seit 1945 sei ein „Niederschlag von Komplexen“, kranke an „demokratischem Defaitismus“, am „Generalskomplex“ (Militarismus) oder an der „Straußophobie“ (vgl. „Spiegel-Affäre“ von 1962); es handle sich dabei, so Grözinger zugespitzt, um ein teilweises Ausweichen in einen „Kabarettismus“. Was der breiten Masse fehle, sei ein politischer Karl May.

Lebhafte Diskussionen

Das war für manch einen Teilnehmer / eine Teilnehmerin ganz schön harter Tobak und entsprechendes Missvergnügen schlug hohe Wellen in der Diskussion. Sodann wandte

Foto: iStock, vovashevchuk

sich Akademiedozent Peter Hanke (1931–2022) den Kategorien Gesellschaft und Moral im Werk Bert Brechts zu. Am Beispiel des Brecht-Stückes „Der gute Mensch von Sezuan“ arbeitete er, unter rein soziologischen Gesichtspunkten, die distanzschaffende Kapitalismuskritik Brechts heraus. Robert Musils „Mann ohne Eigenschaften“ wurde in einer weiteren Session von Irma Hanke auf seinen politischen Gehalt hin untersucht. Ihr interessanter Beitrag war weit mehr als nur Ersatz für das kurzfristig abgesagte Ernst Jünger-Referat von Hans-Peter Schwarz (1934–2017) aus Freiburg. Die Professoren Walter Rüegg (1918–2015) und Hugo Kuhn (1909–1978) referierten über „Wechselbeziehungen zwischen Literatur und Gesellschaft“ sowie über das Thema „Literarische Situation und politische Situation“ – am Beispiel historischer literarischer Erscheinungen. In nüchterner Analyse beschrieben die beiden Wissenschaftler Literatur als „Ausdruck der Gesellschaft und Vehikel neuer gesellschaftsbildender Formen“ (Rüegg) und den Schriftsteller als „äußerst bewußtes Individuum, das in Tagesfragen einen Teil seiner Gestaltungskraft investiert“ (Kuhn). Den abschließenden Vortrag bestritt der Heidelberger Studienrat Ulrich Müller, der zum politischen Gehalt des Deutschunterrichts sprach; und die Frage erörterte, inwieweit der Deutschunterricht politischer Bildung an sich dienen könne, ohne dass dabei der Eigenwert des literarischen Gegenstands geschmälert werde.

Überwältigende Resonanz

Die überwältigende Resonanz dieser ersten Studientagung „Literatur und Politik“ ermutigte die Akademie, die Thematik im Mai des Folgejahres 1964 neuerlich aufzugreifen und in einer zweiten Veranstaltung weiterzuführen. Diese war in der Themenstellung der Vorträge hauptsächlich literatursoziologisch orientiert, und gleichermaßen bis an den Rand der Akademiekapazität gefüllt. Die Nachkriegssituation innerhalb des deutschen Sprachbereichs stand im Mittelpunkt der Erörterungen. Für unseren Zusammenhang ist das abschließende Referat von Wolfgang Langenbacher von besonderem Interesse: Darin befasst sich Langenbacher – in Absehung von allen ästhetischen Fragen – mit der Spiegelung von Politik und Gesellschaft in der massenhaften Unterhaltungsliteratur. Als Untersuchungsmaterial dienen ihm die hinsichtlich der erzielten Auflagenhöhe erfolgreichsten Buch-, Fortsetzungs- sowie Illustriertenromane aus dem Jahrzehnt zwischen 1950 und 1960. Langenbacher hatte 1963 beim Münchner Zeitungs-, respektive Kommunikationswissenschaftler Hanns Braun (1893–1966) mit einer Arbeit zur Geschichte und Theorie der Unterhaltungsliteratur promoviert. Es war sein Ziel, die „Zeitung“-Relevanz der massenhaft verbreiteten Literatur in einer Theorie der ‚Zeitung‘-Funktionen des Romans empirisch-analytisch zu klären. Dazu untersuchte er Populär-Literatur unter dem Aspekt von ‚Zeitung‘, d.h. der gesellschaftlichen Kommunikation zur Zeit. Im Mittelpunkt stand die grundlegende Frage, „ob und in welcher Weise die (massenhaft verbreitete) Literatur der Ausdruck jener Gesellschaft ist, innerhalb derer sie entsteht, also inwiefern





sie zeitgesellschaftlichen Bezug hat“. Dabei kommt Langenbacher zu dem Schluss, dass das, „was ästhetisch gesehen indiskutabel scheint, (...) höchst bedeutsame kommunikative Funktionen haben“ kann, die er im Einzelnen herausarbeitet.

Weitere Studientagungen „Literatur und Politik“ schlossen sich im März 1967 sowie im April 1974 an, bevor dann diese Thematik zu Beginn der 1990er Jahre in Form von Fortbildungsveranstaltungen für bayerische Lehrkräfte erneut durch die Akademie aufgegriffen und vertieft wurde (z.B.: 1990/63, 1991/52, 1993/53).

„Rundfunk- und Fernsehboom“

Das Erstarren der elektronischen Massenmedien, insbesondere der durch den Satelliten- und Kabelempfang zu Beginn der 1970er Jahre ausgelöste regelrechte Fernsehboom, führte auch innerhalb der Akademie zu neuen Schwerpunktsetzungen – hier speziell in Gestalt der „Politischen Medienkunde“, aufgebaut und über lange Jahre verantwortlich betreut durch „den“ Medienexperten der Akademie, Dozent OStD a.D. Hans Friedrich (1932–2012; ein ausführliches Portrait des „Medienpioniers der Akademie“ findet sich im Akademie-Report, Heft 3-2022, S. 36–38).

Friedrich erkannte früh, dass die Bedeutung der Unterhaltungssendungen von öffentlich-rechtlichen sowie den neu hinzugetretenen privaten Programmanbietern für das Fühlen und Denken der Menschen in einer sich zunehmend an Freizeitaktivitäten orientierenden Gesellschaft kaum hoch genug zu veranschlagen sei. Und darüber hinaus, dass es sich beim Fernsehen um „das“ neue Leitmedium der politischen Informationsvermittlung und der öffentlichen Meinungsbildung handelt. Im Allgemeinen wurde in diesen Jahren noch eher wenig beachtet, dass auch unpolitisch gemeinte Unterhaltungssendungen oder -texte durch die Vermittlung gesellschaftlicher Leitbilder die politischen Vorstellungen und das politische Verhalten von Zuschauer und Leserinnen zu beeinflussen geeignet und in der Lage sind. Es sei anzunehmen, so Friedrich damals, dass solche politischen Nebenwirkungen von den AutorInnen „meistens weder bedacht noch beabsichtigt“ seien.

Politische Prägung durch Fernsehunterhaltung


Um dem Phänomen einer (möglichen) politischen Prägung durch Fernsehunterhaltung auf die Spur zu kommen, wurde zunächst theoriegeleitet ein exploratives Projekt konzipiert und im Oktober 1970 in einer dreitägigen Präsenzveranstaltung mit Lehrkräften und GymnasiastInnen der Klassenstufe 12 aus Weilheim/Obb. erprobt: Ziel des Projekts war es, ein Modell einer politischen Bildungsveranstaltung zu entwickeln, das einen politischen Bildungsprozess durch Auseinandersetzung mit

Foto: iStock, jakkapan21, APB

gewohnten Fernsehunterhaltungssendungen in Gang bringt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollten – herausgelöst aus dem üblichen schulischen Alltag – in die Lage versetzt werden, das den Unterhaltungssendungen (absichtlich oder unabsichtlich) zugrunde gelegte Bild von der Gesellschaft zu erkennen, zu reflektieren und zu klassifizieren. Sie sollten ihre Erkenntnisse in Worte fassen und in der Diskussion vertiefen. Das ambitionierte Unterfangen war mit einigen Schwierigkeiten und Herausforderungen verbunden (i.e. Entwicklung eines adäquaten Studiensettings; mehrere vorbereitende und einführende Gespräche und Sitzungen; Berücksichtigung psychologischer Prägefaktoren der TeilnehmerInnen; Erstellung eines standardisierten Erhebungsinstruments; Ausleihe von Filmkopien ausgewählter Unterhaltungsserien wie beispielsweise der beliebten ZDF-Krimiserie „Der Kommissar“ uvm.). In der akademieeigenen Publikationsreihe „Mitteilungen und Berichte“ ist das Projektseminar ausführlich dokumentiert worden. Zugleich bildet es den Auftakt innerhalb des neuen Schwerpunktbereichs der Akademiearbeit unter dem Titel „Politische Medienkunde“, der uns seither intensiv beschäftigt.

Arbeitsschwerpunkt „Medienkunde“

In den Worten von Altdirektor Manfred Hättich: „Man kann es als eine der wichtigsten Aufgaben politischer Bildung bezeichnen, dem Menschen zu helfen, die diffuse Umweltinformation, der er ausgesetzt ist, zu strukturieren, transparent zu machen und damit rational zu verarbeiten.“ Und weiter: „Über die Hilfe für den individuellen Umgang mit Medieninformationen hinaus wird Medienkunde auch im Sinne eines großen Bereiches der Wissensstoff-Vermittlung wichtig. Die Kenntnis der für die Gesellschaft so bedeutsamen Informationsprozesse und der Probleme der Medienpolitik gehört zur politischen Bildung.“

Seine Einlösung erfuhr Hättichs zukunftsweisende Proklamation zunächst und unmittelbar in Gestalt der multidisziplinären Studientagung „Politische Prägung durch Unterhaltung“ vom Juni/Juli 1971 sowie in ungezählten Folgeveranstaltungen der Akademie zum Themenkomplex der (populären Massen- und Neuen) Medien – teils in Kooperation mit KommunikationswissenschaftlerInnen und Medienschaffenden der Staatlichen Hochschule für Fernsehen und Film (HFF) München, der LMU München, dem Evangelischen Rundfunkdienst e.V., dem Bayerischen Rundfunk (BR), dem Bundesverband Jugend und Film e.V., der LandesArbeitsgemeinschaft für Jugendfilmarbeit und Medienerziehung (LAG) Film Bayern e.V., dem Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung (ISB) München dem Münchner Arbeitskreis öffentlicher Rundfunk (MAR) und vielen anderen mehr. 

Steffen H. Elsner



Literatur:

Akademie für Politische Bildung (Hg.): Politische Prägung durch Unterhaltung.

Zusammengestellt von Hans Friedrich [Dokumentation der Studienkonferenz »Politische Prägung durch Unterhaltung« in der Akademie für Politische Bildung Tutzing vom 29. Juni – 2. Juli 1971], (Reihe: Materialien und Berichte, Nr. 53), Tutzing o.J. [1972].



Hans Friedrich: **Fernsehunterhaltung als Gegenstand politischer Bildung.** Bericht über eine Modellveranstaltung (Reihe: Materialien und Berichte, Folge 50), Tutzing 1971.

Wolfgang Langenbucher: **Der aktuelle Unterhaltungsroman.** Beiträge zu Geschichte und Theorie der massenhaft verbreiteten Literatur (Reihe: Bonner Beiträge zur Bibliotheks- und Bücherkunde, Bd. 9), 2. Aufl., Bonn 1974.



BERICHT ZUM „AKADEMIEGESPRÄCH AM SEE“ MIT GERHART BAUM

„Warum besinnen wir uns nicht in dieser kritischen Situation?“

Gerhart Baum zum 75-jährigen Jubiläum der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

Als die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte im Jahr 1948 verkündet wurde, war Gerhart Baum 16 Jahre alt. Heute sagt er: „Wir haben Anlass, ganz aktuell mit Blick auf die Welt und auf unser eigenes Land auf die Menschenrechte zu blicken“.

Ende 1948 war es insbesondere dank des Vermittlungsvermögens von Eleanor Roosevelt, der Witwe des ehemaligen US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt, gelungen: Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde von der

Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet. 48 Staaten stimmten zu, acht enthielten sich (darunter die Sowjetunion), Gegenstimmten gab es keine. Der ehemalige Bundesinnenminister und aktive Menschenrechtsanwalt Gerhart Baum betonte: Trotz unterschiedlicher Kulturen und Religionen sei damals ein Konsens gelungen. Zuvor sei jedoch heftig über einzelnen Passagen gestritten worden. So waren die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten der Auffassung, dass der Mensch in seiner Freiheit in ihrem System gut aufgehoben sei und keine eigene Freiheit brauche, schilderte Baum. Doch diese und andere Streitigkeiten hätte man überwinden können.



Grundgesetz ist „Kind der Menschenrechtserklärung“

Zwar sei die Menschenrechtserklärung lediglich als Resolution, also ohne rechtlich bindende Wirkung verabschiedet worden. Sie habe jedoch eine hohe moralische Autorität. So sei das Grundgesetz „ein Kind der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“. Auch unsere Verfassung ist entstanden „im Wissen und in der Verantwortung für die vorangegangene Barbarei“, sagte Baum.

Als maßgebliche Impulse für die Menschenrechtserklärung sieht Baum die amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung und die anschließende Verfassungsgebung ab 1776, die Französische Revolution sowie das Denken von Locke, Rousseau und Kant. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen habe einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass die Menschenwürde zum ersten Mal rechtlich kodifiziert wurde.

Mit Habermas und Schäuble diskutiert

Baum erinnerte bei dieser Gelegenheit an die Akademietaugung „Freiheit und Sicherheit“ aus dem Jahr 2008. Damals hatte er in Tutzing mit dem Philosophen Jürgen Habermas über die Menschenwürde als Rechtsbegriff diskutiert – und mit dem damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble über die Rolle des Bundesverfassungsgerichts gestritten (siehe dazu den Tagungsbericht Kellermann, Akademie-Report 3/2008, S. 3–5).

Die Entwicklung der Menschenrechtserklärung ist für Baum ein Beleg dafür, dass es in der Menschheitsgeschichte „Phasen der Besinnung“ geben kann. Er stellt sich

nunmehr die Frage: „Warum besinnen wir uns nicht in dieser kritischen Situation?“. In dieser die ganze Menschheit betreffenden Situation müsse man sich fragen, „was wir eigentlich mit diesem Planeten machen, welchen Gefahren, welchen mörderischen Kriegen wir ausgesetzt sind, unter denen im Grunde die ganze Welt leidet“.

Menschenrechte:

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde am 10. Dezember 1948 in Paris von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verkündet. Ihre Präambel spricht mit Blick auf die vorangegangenen Weltkriege davon, dass die „Nichtanerkennung und Verachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei geführt haben“ und dass es notwendig ist, „die Menschenrechte durch die Herrschaft des Rechts zu schützen“. Menschenrechte sind Rechte, die jedem Menschen kraft seines Menschseins zustehen – unabhängig davon, wo und wie er lebt.

Es handelt sich bei der „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ nicht um einen völkerrechtlich bindenden Vertrag. Erst im Jahr 1976 traten auf UN-Ebene mit dem sogenannten Zivilpakt und dem Sozialpakt verbindliche völkerrechtliche Verträge zu den bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten in Kraft. Es folgten weitere Menschenrechtsabkommen zu speziellen Themen, wie etwa die Kinderrechtskonvention. Die „Universal Declaration of Human Rights“ hat jedoch eine hohe moralische Autorität und regte Menschenrechtskodifizierungen auf internationaler und regionaler Ebene an.

Illustration: iStock, Pict Rider



Literatur zum Thema Menschenrechte

In der Bibliotheek und im Archiv der Akademie finden sich eine Vielzahl von Büchern zu dem Thema Menschenrechte. Nach Terminabsprache können diese eingesehen werden. Hier ein Ausschnitt. Siehe auch Podcast auf folgenden Seiten.



Foto: Rebecca Meyer, (APB)

Wirtschaftliche und kulturelle Menschenrechte

In den Jahrzehnten nach 1945 sei ein „Gebäude der Menschenrechte“ entstanden: zunächst die bürgerlichen Rechte, also die Freiheitsrechte, das Folterverbot, Verbot politischer Verfolgung usw. Dazu sei das Bewusstsein getreten, dass das alles nichts nützt, wenn die Menschen keine wirtschaftlichen und kulturellen Freiheiten haben. „Wenn die Leute sozial unterdrückt sind und erbärmlich leben, wie sollen sie dann ihre Bürgerrechte ausleben können? Das ist die zweite Säule der Menschenrechte, die es dann auch in verschiedenen Kodifikationen gegeben hat“, erklärte Baum.

Wir hätten dieses System gelebt, wenn auch mit großen Einbrüchen, wie etwa dem Völkermord in Ruanda und dem Massaker von Srebrenica. Einzelne Staaten haben immer wieder gegen die einzelnen Regeln verstoßen, aber - grosso modo - haben wir eine regelbasierte Weltordnung gehabt, sagte Baum.

Linktipp:



Russlands Verbrechen in der Ukraine:
bit.ly/gerhart-baum

„Das Autoritäre kommt nach vorn“

Mit dem Ukraine-Krieg habe sich das aber alles geändert. Da sei etwas passiert, was die Völkerrechtsgemeinschaft zutiefst erschüttert hat: Ein ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats, ausgestattet mit Atomwaffen, bedroht uns, die wir die Charta der Vereinten Nationen verteidigen, sagte er.

Baum sieht eine systemische Veränderung der Weltpolitik: „Die Demokratien kommen in die Defensive, das Autoritäre kommt nach vorn“. Dafür hätten wir ja genügend Beispiele in Europa. Und wir wissen nicht, was nach den Wahlen in den USA passieren wird – dem Schlüsselstaat des freien Westens, der immer unser natürlicher Verbündeter gewesen ist, führte Baum aus.

Mit Blick auf Deutschland fühlt sich Baum von denjenigen bedroht, die unsere Verfassung nicht mehr mit Leben erfüllen. Es gibt Angriffe auf unsere freiheitliche Grundordnung, die „nicht von Pappe“ und bedrohlich sind, sagte er.

Bindungswirkung des Grundgesetzes

Baum fragt sich, ob die Bindungswirkung des Grundgesetzes noch so stark ist, wie sie im Laufe der Zeit geworden sei. „Die Bindungswirkung nimmt ab durch die Verächter unserer Ordnung und Spielregeln in Kombination mit Leuten, denen dies gleichgültig ist, die die Gefahr nicht sehen“, resümierte er. Carlo Schmid, einer der Väter des Grundgesetzes, habe gesagt, die Freiheiten unserer Verfassung können dazu benutzt werden, die Freiheit abzuschaffen. An diesem Punkt sind wir jetzt angekommen, sagte Baum. 🏛️

Gero Kellermann



Einsatz für die Menschenrechte: Gerhart Baum

Foto: Wimmer (APB)

Bundesminister a.D. Gerhart Baum:

Von 1972 bis 1994 war der FDP-Politiker Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 1978 bis 1982 übte er das Amt des Bundesinnenministers aus. Ab 1992 war er für die UNO im Bereich der Menschenrechte tätig. Als Rechtsanwalt war er an mehreren erfolgreichen Verfassungsbeschwerden beteiligt, zum Beispiel zum Luftsicherheitsgesetz, zur Vorratsdatenspeicherung und in Zusammenhang mit dem „Computergrundrecht“.

Aufgewachsen in Deutschland in Zeiten des Nationalsozialismus erlebte er die Bombardierung seiner Geburtsstadt Dresden. Die Flucht führte ihn an den Tegernsee, wo er auch zunächst die Schule besuchte. Diese Erlebnisse haben seinen weiteren Werdegang sehr geprägt, so auch sein Wirken für die Menschenrechte. Seine Erfahrungen hat er in dem Buch „Menschenrechte. Ein Appell“ (München 2022) niedergelegt.



PODCAST:

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte feiert ihren 75. Geburtstag. 1948 haben sich die Vereinten Nationen damit zum ersten Mal auf einen Katalog von Menschenrechten verständigt, der für die gesamte Menschheit gelten soll.


Linktipp:

Menschenrechte:
bit.ly/podcast-menschenrechte

Von einem der bedeutendsten Rechtsdokumente der Menschheitsgeschichte spricht Gero Kellermann, Dozent für Staats- und Verfassungsrecht sowie Rechtspolitik der Akademie. Er erklärt im Podcast „Akademie fürs Ohr“, wie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte entstanden ist und welche Rolle sie heute noch spielt.

Beate Winterer: *Es gibt was zu feiern. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wird 75 Jahre alt. Warum ist dieses Dokument von 1948 so wichtig?*

Gero Kellermann: Wenn man eine Liste machen würde mit den bedeutendsten Rechtsdokumenten der Menschheitsgeschichte, dann gehörte die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte sicherlich dazu. Hier wurden zum ersten Mal die Menschenrechte auf internationaler Ebene formuliert, mit einem Universalanspruch, der ein Ideal bedeutet, worauf die gesamte Menschheit hinsteuern sollte. Hier gab es auch zum ersten Mal diese Kombination zwischen Friedenssicherung und Menschenrechten und die Menschenrechtserklärung hatte dann auch eine erhebliche moralische Autorität und hat weitere Verfassungsentwicklungen beeinflusst. Allein zum Beispiel die Verrechtlichung der Menschenwürde oder die Schaffung der Menschenwürde als Rechtsbegriff nahm damit ihren Anfang.

► Inhalt der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

Beate Winterer: *Die Erklärung besteht aus insgesamt 30 Artikeln. Was steht darin?*

Gero Kellermann: Der erste Satz des ersten Artikels fasst das eigentlich schon fast komplett zusammen: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“ Wenn man das jetzt weiter unterteilt, was im Anschluss kommt, kann man unterteilen oder unterscheiden zwischen Freiheitsrechten und sozialen Rechten. Freiheitsrechte sind die bürgerlichen und politischen Rechte, die wir auch zum Beispiel aus der Bill of Rights kennen. Da geht es um Religionsfreiheit, Recht der Meinungsäußerung, Recht auf Leben und Gesundheit. Bei den sozialen Rechten geht es darum, dass man festgestellt hat, was nützen mir die ganzen Freiheitsrechte, wenn die materielle Grundlage fehlt, die überhaupt ausüben zu können. Dazu gehört zum Beispiel das Recht auf Bildung, Recht auf Arbeit, Recht auf faire Arbeitsbedingungen und auch Recht auf soziale Sicherung.

► Eleanor Roosevelt als Vorsitzende der UN-Menschenrechtskommission

Beate Winterer: *Geleitet hat die UN-Menschenrechtskommission, die den internationalen Menschenrechtskodex entwickelt hat, Eleanor Roosevelt. Sie war die Witwe des früheren US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt. Wie kam sie in diese Position?*

Gero Kellermann: Die Vereinten Nationen befanden sich zu diesem Zeitpunkt noch im Gründungsprozess. Sie fußen auf der UN-Charta aus dem Jahr 1945. Die enthält Ächtung von Krieg, Ächtung von Gewalt und sieht als Fundament der Vereinten Nationen auch die Sicherung der Menschenrechte. Und die umfassende Erklärung gab es noch nicht. Und da hat es sich so gefügt, dass der damalige US-Präsident Truman als US-Botschafterin an die Vereinten Nationen Eleanor Roosevelt entsandt hat, die dann auch gewählt wurde an die Spitze der 18-köpfigen Menschenrechtskommission. Ich denke, dass hier auch das politische Auftreten von Eleanor Roosevelt im Vorfeld eine Rolle gespielt hat. Sie hatte sich schon sehr stark eingesetzt für Frauenrechte und es wurde ihr sicherlich auch sehr zugetraut, mit diesen unterschiedlichen Kulturen, Staaten, Religionen, die sich dort zusammengefunden hatten, ein gemeinsames Dokument zu schaffen, diesen Prozess zu moderieren. Und das hat sie auch – das liest man allenthalben, wenn man sich damit beschäftigt – sehr gut hinbekommen.

► Enthaltungen bei der Abstimmung über die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Beate Winterer: In der UN-Generalversammlung haben fast alle Mitglieder die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte angenommen. Es gab nur ganz wenige Enthaltungen. Woran lagen die denn?

Gero Kellermann: Es gab insgesamt acht Enthaltungen, 48 Ja-Stimmen, und ich habe hier die Liste der Staaten, die sich enthalten haben. Es waren die UdSSR, die Ukraine, Weißrussland, Polen und die Tschechoslowakei, also Satellitenstaaten des Sowjetimperiums, Jugoslawien, Südafrika und auch Saudi-Arabien. Der Kalte Krieg hat sich hier schon angedeutet. Dass überhaupt alle an einem Tisch saßen und über dieses Dokument sprachen, ist schon ein kleines historisches Zeitfenster gewesen. Es ging dann weiter mit Berlin-Blockade und Koreakrieg. Die sozialistischen Staaten haben schon im Verlauf der Verhandlungen dieses Individualbild, was in den Freiheitsrechten zum Ausdruck kommt, als Grundlage des Kapitalismus kritisiert. Südafrika, zu der Zeit Apartheitsstaat. Darf man auch nicht vergessen, dass man da skeptisch blickte auf eine Rechtsordnung außerhalb der eigenen. Saudi-Arabien, dieses Beispiel bringt Angelika Nußberger in ihrem lesenswerten Buch über Menschenrechte, stand dem skeptisch gegenüber. Denn Religionsfreiheit bedeutet auch, dass man seine Religion wechseln kann ohne Strafe. Und das entsprach dieser Religionsauffassung nicht.

► Gerhart Baum über die Menschenrechtssituation in der Ukraine

Beate Winterer: Du hast vor Kurzem eine Veranstaltung zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte organisiert.

An der Akademie war der frühere Bundesinnenminister Gerhart Baum. Er hat sich ausführlich mit dem russischen Angriff auf die Ukraine und der Menschenrechtssituation vor Ort beschäftigt. Wie sieht er die Lage?

Gero Kellermann: Gerhart Baum ist in seinem Vortrag stark von dem Begriff der Zeitenwende ausgegangen und sieht in dem Angriff Putins auf die Ukraine den Versuch, diese regelbasierte Ordnung, die unter anderem die Menschenrechtserklärung geschaffen hat, außer Kraft zu setzen. Russland ist ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat und hat durchaus Wohlwollen von einigen Staaten empfangen. Und da sieht Gerhart Baum die Gefahr, dass dieses Regelsystem umkippt.

► Menschenrechte und Bestrafung von Kriegsverbrechen

Beate Winterer: Kann die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte trotzdem helfen, Kriegsverbrechen aufzuklären und zu bestrafen? Oder würdest du sagen, dass es gegen das Regime von Wladimir Putin eher ein zahnloser Tiger ist?

Gero Kellermann: Es gibt bei den Vereinten Nationen die Untersuchungskommission, die Beweise sammelt, um eine Klage vorzubereiten, um die maßgeblichen Leute dort als Kriegsverbrecher zu verurteilen. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte bedeutet für diese Maßnahmen eine Fundierung. Aber es zeigt sich auch hier wieder, dass die Möglichkeiten einer direkten Klage vor einem bestimmten Gerichtshof schwach ausgeprägt sind, im Gegensatz zum Beispiel zur Europäischen Menschenrechtserklärung und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg.

► Entwicklungspotenziale für die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Beate Winterer: Wo siehst du Entwicklungspotenziale für die Erklärung der Menschenrechte?


Gero Kellermann: Bei den Menschenrechten handelt es sich um ein offenes Prinzip. Man spricht auch teilweise von Generationen von Rechten, also den Freiheitsrechten und den sozialen Rechten, die die Menschenrechtserklärung enthält. Dann hat sich das weiterentwickelt zu Menschenrechten von Kollektiven, also zum Beispiel Recht auf Entwicklung, Recht auf eine saubere Umwelt. Jetzt wird im Zusammenhang mit dem Klimaschutz sogar diskutiert, ein Menschenrecht der Menschheit zu konstituieren. Was man beachten muss, ist vielleicht, dass dieser Menschenrechtsbegriff in zu verschiedene Richtungen gehen könnte. Gerhart Baum hat das so formuliert: Man muss in turbulenten historischen Situationen die Menschenrechtserklärung als Besinnungsmöglichkeit sehen, dass man sieht, da hat die Menschheit schon diese Erfahrung gehabt, diese Antwort gegeben auf Barbarei und das anwenden auf die jetzige Situation. 



Foto: iStock, Ruma Aktar, Montage: Karin Klemm-Vollmer

PERSPEKTIVWECHSEL

Der Krieg in der Ukraine als Spiegel globaler geopolitischer Interessen

Ein Blick auf den Ukrainekrieg durch die „nicht-westliche“ Brille offenbart eine komplexe Gemengelage aus geopolitischen Veränderungen und verdeutlicht eine Dynamik aus strategischen Interessenswahrnehmungen, die Nationen in einer globalisierten Welt leiten.

Die Wahrnehmung innerhalb der Ukraine zeichnet ein düsteres Bild von einem anhaltenden Vernichtungskrieg, der in das Narrativ des Imperialismus eingebettet ist. Das Land steht derzeit an einem entscheidenden Punkt mit schwierigen, auch durch den starken Winter hervorgerufenen Frontbedingungen und einer emotional erschöpften Gesellschaft. Trotz des steigenden Blutzolls und auseinandergerissener Familien bleibt jedoch der Wille der ukrainischen Zivilgesellschaft, Russland zurückzudrängen, ungebrochen. Die Bereitschaft, territoriale Zugeständnisse an Russland zu machen, mag zwar in Teilen gestiegen sein, bleibt aber in der Minderheit. In der ukrainischen Gesellschaft gibt es spürbare Anzeichen einer Abkehr vom russischen Erbe, begleitet von einer wachsenden emotionalen Bindung an den Westen. Der

Ausbau der ukrainischen Identität ist ein bemerkenswerter Schritt, der den Charakter des Landes seit Beginn der Invasion deutlich verändert hat. Eine verstärkte Institutionalisierung der ukrainischen Sprache reflektiert diesen Wandel.

Auch die Notwendigkeit und der Bedarf an technologischer Innovation wird immer stärker betont. Man will in der Lage sein, der derzeitigen quantitativen Überlegenheit Russlands entgegenzutreten. So muss die Ukraine etwa bestehende Systeme aufrüsten oder umprogrammieren. Aus diesem Grund ist das Land in einen deutlich ausgebauten diplomatischen Prozess eingebunden und sucht auch außerhalb Europas neue Partner, um diesen Bedarf decken und sich gegenüber einem als imperial wahrgenommenen Nachbarn behaupten zu können.

Dieser Prozess dürfte für die Ukraine jedoch einen längeren Kraftakt bedeuten. Für viele Nationen und Regionen außerhalb des Westens verhindern gerade die verschiedenen wirtschaftlichen Interdependenzen mit Russland, der Ukraine oder den USA und Europa eine klare Positionierung. Der wirtschaftliche Profit, den einige Länder aus dem Krieg ziehen, verstärkt diese Herausforderungen zusätzlich.

Vermittlerrolle und diplomatischer Balanceakt

Mit Blick auf die Türkei wird beispielsweise eine Nation sichtbar, die einen delikaten Balanceakt vollzieht. Das Land, das mit wirtschaftlicher Verwundbarkeit und Turbulenzen in den Beziehungen zum Westen konfrontiert ist, strebt danach, zwischen konkurrierenden Parteien zu vermitteln. So nimmt die Türkei eine

klare Haltung gegen die russische Aggression ein und stimmt sich mit den UN- und NATO-Entscheidungen ab. Zugleich enthält sich das Land jedoch bei der Frage der Unterstützung von EU- und US-Sanktionen gegen Russland. Auch die Golfstaaten präsentieren sich als Vermittler und priorisieren dabei ihre Rolle als wichtige Umschlagplätze für russische Transaktionen. Transformationsprozesse im Inneren, einschließlich ökologischer Überlegungen zum Ausbau neuer Technologien, verdeutlichen, dass diese Länder vorerst am fossilen Modell festhalten, jedoch nach neuen Partnerschaften für den Innovationsausbau Ausschau halten. Der Rückzug der USA aus der Region zwingt die Golfstaaten, sich anzupassen und auch strategische Allianzen mit China zu schließen.

Brasilien positioniert sich ebenfalls als Vermittler und wahrt eine scheinbar neutrale Haltung, die den Interessen des Globalen Südens entspricht. Das Land navigiert geschickt zwischen den Kriegsparteien, betont jedoch seine eigene Unabhängigkeit. Brasilien verfolgt in Menschenrechts- und Demokratiefragen Positionen, die den Vereinten Nationen näher liegen, während es in internationalen Handelsfragen China unterstützt, dessen wichtigster Handelspartner es ist. Überraschenderweise profitiert Brasilien wirtschaftlich vom Krieg, insbesondere im Agrarsektor mit einem beeindruckenden Wachstum von knapp 36 Prozent. Jedoch ist das Land in der paradoxen Lage, als führender Agrarproduzent von Düngemitteln aus Russland abzuhängen.

Die nuancierte Haltung Ägyptens verzichtet darauf, Russland als Aggressor zu bezeichnen, sondern betrachtet den Angriff eher als Krise, die diplomatisch gelöst werden muss. Diese Herangehensweise entspringt einem diplomatischen Balanceakt, der zuvorderst darauf abzielt, die interne Regimesicherheit zu gewährleisten. Ägypten, das seit 80 Jahren historische Beziehungen zu Russland unterhält, versucht, seine Außenpolitik zu diversifizieren, indem es sich von engen Verbindungen zu den USA und der EU distanziiert. Geplante Kooperationen mit Russland umfassen die Einrichtung einer russisch-ägyptischen Industriezone entlang des Suezkanals sowie den Bau eines ersten Atomkraftwerks, El Dabaa, in Ägypten. Und trotz der engen Beziehungen zu Russland und China bleibt die EU der größte Handelspartner Ägyptens.

„Swingstates“

Viele Länder des Globalen Südens betrachten den Ukrainekrieg als einen globalen Konflikt zwischen dem Westen und Russland, und nicht nur als einen regionalen Konflikt zwischen der Ukraine und Russland.

Südafrika etwa präsentiert sich mit einer tendenziell neutralen Haltung, die jedoch einen Schlingerkurs einschlägt. Dies zeigt sich in der Enthaltung bei UN-Resolutionen über eine geplante Feuerpause und oder zur Verurteilung des russischen Angriffskrieges. Dem gegenüber beging das Land den Jahrestag des Angriffskrieges durch ein gemeinsames Militärmanöver mit Russland und China, was auf den ersten Blick widersprüchlich erscheint. Diese Ambivalenz könnte sich aus komplexen wirtschaftlichen Verflechtungen mit der EU, China und Russland erklären.

Die Ukraine selbst steht noch in den Anfängen ihrer diplomatischen Beziehungen mit dem Globalen Süden, während Russland in der Vergangenheit kontinuierlich Verbindungen aufgebaut hat. Die unterschiedliche Sicht der Länder des Globalen Südens auf die NATO im Vergleich zu EU-Staaten oder der Ukraine selbst könnte der Ukraine in ihrer Suche nach Verbündeten Schwierigkeiten bereiten und spielt derzeit der russischen Propaganda in die Hände. Die Ukraine muss daher ihre Bemühungen deutlich verstärken, um Unterstützung dafür zu gewinnen, den Konflikt als das zu zeigen, was er ist: ein Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine.


Rohstoffe und Hegemonialstreben

Ein sehr komplexes Zusammenspiel zeigt sich zwischen Russland und China. Beide Nationen verfolgen gemeinsame Interessen, die sich gegen amerikanische Hegemonie, westlichen Interventionismus und Liberalismus richten. Interessanterweise übernimmt China die russische Propaganda im Kontext des Ukraine-Krieges, obwohl es sich gegen russische Interessen im UN-Sicherheitsrat stellt.

Die außenpolitischen Interessen beider Länder unterscheiden sich fundamental, insbesondere hinsichtlich des Einflusses in Zentralasien und der Rüstungsindustrie. Konfliktfelder, wie der Zugang zu Rohstoffen oder die Konkurrenz um Einfluss in Indien, Südostasien und Afrika, zeichnen sich ab. Hingegen zeigt sich eine enge wirtschaftliche Verbindung zwischen China und der Ukraine, beispielsweise durch den beträchtlichen Anteil der ukrainischen Getreideexporte nach China.

Multipolarität und geopolitisches Schachspiel

Insgesamt fungiert der Ukrainekrieg als Mikrokosmos eines multipolaren Weltordnungsgefüges, in dem verschiedene Akteure mit divergierenden Interessen und Allianzen konfrontiert sind, welche auch die traditionellen Vorstellungen von Freund und Feind in Frage stellen. Diese Entwicklungen verdeutlichen, dass traditionelle geopolitische Machtstrukturen zunehmend von einer Multipolarität abgelöst werden, in der nicht nur die USA und Russland, sondern auch andere Regionalmächte wie China, die Türkei und Länder des Globalen Südens aktiv am internationalen Geschehen teilnehmen. Die Ukraine, eingebettet zwischen dem Westen und Russland, wird so zu einem Brennpunkt multipolarer Rivalitäten.

Damit fungiert der Ukrainekrieg als ein prägnantes Beispiel für die Komplexität und Dynamik der neuen multipolaren Weltordnung, in der die traditionelle Bipolarität durch eine Vielzahl von Akteuren und Allianzen abgelöst wird. Die Zukunft der internationalen Beziehungen wird von einer komplexen Interaktion verschiedener Mächte geprägt sein. 

Weitere Tagung zum Thema:

Anja Opitz



Internationale Akademie:
Changing Times in Foreign Policy?
www.apb-tutzing.de/p/24-2-24

PODIUMSDISKUSSION

Die Vision der Energiewende

Welche Weichen braucht es, um die Energiewende Realität werden zu lassen? Wie befreien wir uns aus der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern?

Erneuerbare Energien sind zwar reichlich vorhanden, allerdings mangelt es an Speichermöglichkeiten und an modernen, geeigneten Stromtrassen, speziell im Süden der Republik.

Bei der Kooperationsveranstaltung 'Runter von der Bremse': Wie machen wir die Region zukunftsfit? zusammen mit der Gesellschaft für Wirtschafts- und Tourismusentwicklung im Landkreis Starnberg (gwt) suchten Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik Antworten auf diese drängenden Fragen.

Wie schalten wir in den Turbo bei der Energiewende?

Um Bayern bis 2040 klimaneutral zu machen, muss die Ökostromproduktion mindestens verdreifacht, wenn nicht verfünffacht werden laut dem Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBEW).

Deutschlandweit benötigt es eine Beschleunigung beim Ausbau der erneuerbaren Energien um das Vier- bis Zehnfache, um den deutschen Industriestandort zu erhalten.

Nach Angaben der Deutschen Energieagentur erfordert ein Turbo bei der Energiewende massive Investitionen in die Infrastruktur der deutschen Stromnetze. Bis 2030 wird der Umfang auf mindestens 80 Milliarden Euro und bis 2045 auf rund 200 Milliarden Euro geschätzt. Erschwerend kommen hohe Zinsen und gestiegene Materialkosten hinzu. Die Schuldenbremse tut ihr Übriges und bremst öffentliche Investitionen wortwörtlich aus.

Es ist jedoch Tempo angesagt: Wer die Energiewende und den Netzausbau weiter verschleppt, riskiert die Abwanderung von Unternehmen und damit den Verlust von Arbeitsplätzen und Wohlstand. Ein hohes Energiepreisniveau als primäre Folge der prokrastinierten Energiewende schadet der Wettbewerbsfähigkeit hiesiger Unternehmen.

Industriestrompreis?

Aufgrund der unmittelbaren Belastungen für energieintensive Branchen wie die Chemie-, Stahl- und Aluminiumindustrie sowie Glas- oder Zementhersteller ist eine neue Subvention, der sogenannte „Industriestrompreis“ oder auch

Linktipp:



Die Energiewende in Deutschland und in der Region:

bit.ly/energiewende-apb

„Brückenstrompreis“, im Gespräch. Ob es sich hier um eine notwendige Maßnahme zur Abwendung einer Deindustrialisierung handelt oder um eine neue Bremse gegen den Ausbau erneuerbarer Energien wird kontrovers diskutiert.

Ebenso gehen die Meinungen darüber auseinander, inwiefern punktuelle Subventionen und Staatsgarantien das industriepolitische Gebot der Stunde oder ein Irrweg sind. Im Sinne einer horizontalen Industriepolitik, welche die Energiewende als Standortpolitik mitdenkt, sind die Rahmenbedingungen für Unternehmen entscheidend. Neben Planungssicherheit jenseits von Legislaturperioden auf Landes- und Bundesebene, spielt die Beschleunigung und Verschlinkung der Planungs- und Genehmigungsverfahren eine wesentliche Rolle.

Deutschland ist in diesem Jahr erstmals seit 20 Jahren Nettostromimporteur, auch aufgrund fehlender Speicherkapazitäten im Inland. Kritiker monieren, dass der Atomausstieg die Energiewende schwieriger, teurer oder gar unmöglich mache, Stichwort Grundlastfähigkeit. Wenn man die Brückentechnologien wie das russische Gas oder die Kernkraft als eine entscheidende Ursache für die Verschleppung der Energiewende betrachtet, entlarvt sich die Kritik am Atomausstieg gewissermaßen als Nebelkerze, welche die eigentlichen Gründe für den mangelhaften Ausbau der erneuerbaren Energien verhüllt.

NIMBY = Not in my backyard

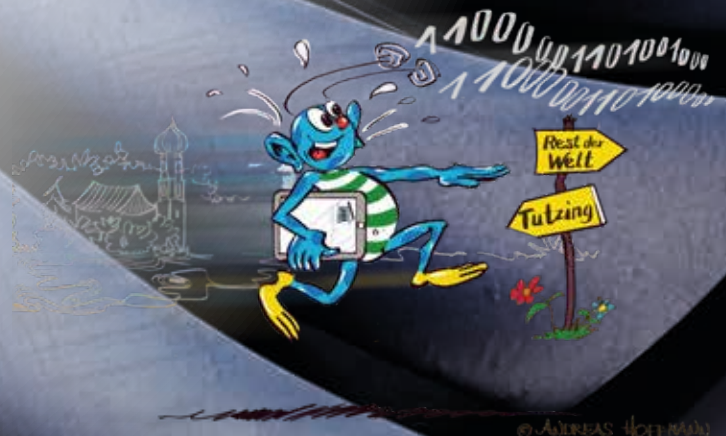
Der verzögerte Ausbau der Stromtrasse „SuedLink“ ist symptomatisch für die Herausforderungen der Energiewende. Die vorrangige Erdverkabelung, die auch auf Betreiben der bayerischen Landesregierung durchgesetzt wurde, um Rückhalt in der Bevölkerung für die Energiewende zu gewinnen, ist im Nachhinein kritisch zu bewerten. Auch bei der „10H-Regel“ galt das Credo: „Ja nicht anecken, Widerstand ex ante verhindern“. Es stellt sich die Frage, ob die Politik im Nachhinein aus diesen Fehlern gelernt hat. Schließlich lässt die Scheu vor unbequemen Entscheidungen keinen Turbo bei der Energiewende zu.

Es braucht stattdessen einen gesamtgesellschaftlichen Kraftakt, den Ausbau der Erneuerbaren positiv zu besetzen. Das kann die Politik nicht allein stemmen. Speziell den etablierten Medien kommt hier eine besondere Verantwortung zu. Eine negative, auf Spaltung und Empörung setzende Berichterstattung wie im Fall vom Gebäudeenergiegesetz, war diesbezüglich kontraproduktiv.

Die sozial-ökologische Transformation setzt Veränderungsbereitschaft auf allen Ebenen voraus: in den Unternehmen, Politik und Zivilgesellschaft, sowie beim Verbraucher. Soll alles so bleiben wie es ist, dann wird die Energiewende weiterhin eine Vision bleiben, mit unabsehbaren Folgen für Natur, Umwelt und den Wirtschaftsstandort.



Giulia Mennillo





MIGRATION UND GESUNDHEIT

Kommunale Verantwortung und Handlungsmöglichkeiten

Gesundheit ist ein Grundbedürfnis, ein Menschenrecht – und ein unterschätzter Integrationsfaktor. Eine Tagung mit dem Arbeitskreis interkulturelle Arbeit München (AKIA) führte Theorie mit der kommunalen Praxis der Migrationsarbeit zusammen.

Für Migrantinnen und Migranten, die sich in neuen Umgebungen bewegen, spielt der Zustand von Körper und Seele eine besondere Rolle. Ganz unterschiedliche Umstände wirken auf ihre Gesundheit ein: etwa die Bedingungen der Flucht oder Reise, die Unterbringung, der erschwerte Zugang zu medizinischen Leistungen, die besonderen psychischen Herausforderungen der

Migrationssituation. Trotz seiner Bedeutung scheint es, dass der Faktor Gesundheit in der Debatte über eingewanderte Menschen eher wenig beachtet wird.

Fehler in den Steuerungsmechanismen

Es gab viele verpasste Gelegenheiten, das Thema „Migration und Gesundheit“ zu erforschen, sagte Oliver Razum, Dekan der Fakultät für Gesundheitswissenschaften der Universität Bielefeld. Erst im Jahr 2008 erschien ein Schwerpunktbericht darüber beim Robert Koch-Institut (RKI). Die späten Erkenntnisse hätten zu Zugangsbarrieren und Fehlern in den Steuerungsmechanismen geführt.

Carolin Bader, Fachberaterin Inlandsprogramme bei der Hilfsorganisation Ärzte der Welt, ging auf die Menschenrechtsdimension des Rechts auf (bestmögliche) Gesundheit ein. Auf internationaler Ebene finden sich entsprechende

Rechte in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, dem UN-Sozialpakt, der UN-Frauen-, Kinder- und Behindertenrechtskonvention sowie der Charta der Grundrechte der EU. In München gibt es das Projekt open.med für Menschen, die keinen oder einen erschwerten Zugang zum Gesundheitssystem haben, schilderte Bader. Es solle dabei kein Parallelsystem aufgebaut werden, sondern Brücken für den Zugang zum regulären Gesundheitssystem errichtet werden.

Große Gruppe ohne Krankenversicherungsschutz

Das Gesundheitssystem in Deutschland ist auf eine umfassende Gesundheitsversorgung für die ganze Bevölkerung ausgerichtet – dennoch gibt es eine große Gruppe ohne Krankenversicherungsschutz, erklärte Petra Tiarks-Jungk, Abteilungsleiterin beim Gesundheitsamt Frankfurt am

Methode „Themengalerie“

Bei den Themengalerien handelt es sich um eine Methode, bei der die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung in verschiedenen Themenstationen Empfehlungen erarbeiten. Bei dieser Tagung standen fünf Themen zur Auswahl (siehe Artikel), von denen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Vorfeld drei auswählen konnten. Es ergaben sich somit für jede Themenstation drei Durchläufe von jeweils 50 Minuten plus 10 Minuten für den Weg zur nächsten Station in einem der Akademie-seminarräume bzw. Hörsäle. Die Moderationsteams stellten zu Beginn einer Galeriesitzung das Thema vor und verwiesen auf ein vor der Tagung erarbeitetes Faktenblatt („Fact Sheet“). Nach dessen Lektüre konnten die Anwesenden jeweils bis zu drei Empfehlungen auf Moderationskarten oder DIN-A4-Blättern festhalten. Dabei konnten sie sich ggf. auch die Empfehlungen früherer Durchgänge anschauen und diese übernehmen.

Im Anschluss wurden die Empfehlungen vorgestellt, in der Gruppe diskutiert, gebündelt und für die nächste Gruppe aufgearbeitet. Nach dem letzten Durchgang notierte sich das Moderationsteam die drei am häufigsten genannten Empfehlungen und stellte diese im Plenum vor. Mittels eines Punktesystems wurden dort fünf Empfehlungen ermittelt, die den Teilnehmenden der Podiumsdiskussion präsentiert wurden. Die gemeinsam erarbeiteten Thesen dienen im Nachgang zur Tagung dazu, neue Projekte und Verfahren anzustoßen. So konnten die Ergebnisse aus der Themengalerie der Tagung „Brennglas Corona“ aus dem Jahre 2021 zu konkreten Verbesserungen im Kontext von Digitalisierung von Beratungsdiensten und Erreichbarkeit von Behörden beitragen.

Illustration: iStock, francescoch

AKIA

Die alle zwei Jahre stattfindende Tagung in Kooperation mit dem Arbeitskreis interkulturelle Arbeit München (AKIA) ist ein Forum zum Erfahrungsaustausch der kommunalen Migrationsarbeit und dient der Entwicklung neuer Impulse durch wissenschaftliche Vorträge, migrationspolitische Diskussionen und Workshops.

AKIA bezeichnet einen informellen Zusammenschluss von Vertreterinnen und Vertretern der kommunalen Verwaltung und von Verbänden der freien Wohlfahrtspflege in der Landeshauptstadt München. Es handelt sich um Institutionen bzw. deren Abteilungen, die mit dem Thema Migration befasst sind. Dazu gehören von öffentlicher Seite beispielsweise das Sozial-, das Gesundheits- und das Kreisverwaltungsreferat, das Jobcenter sowie die Volkshochschule. Von Seiten der freien Wohlfahrtspflege gehören dem Arbeitskreis unter anderem die Arbeiterwohlfahrt, die Caritas und das Bayerische Rote Kreuz an.

Main. Unter der deutschen Bevölkerung zählen dazu Studierende, die aus der Familienversicherung ausgetreten sind, Selbständige mit geringem Einkommen, Obdachlose und aus der Haft entlassene Personen. Asylbewerber/-innen haben gemäß Asylbewerberleistungsgesetz in den ersten 18 Monaten einen Anspruch auf Kostenübernahme für reduzierte medizinische Leistungen, darüber hinaus greift eine Einzelfallprüfung. Auch undokumentierte Migranten bzw. Menschen mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus stehen in der Regel Gesundheitsleistungen zu. Jedoch sind die Sozialämter, die für die Leistungsgewährung zuständig sind, verpflichtet, die Ausländerbehörden zu informieren. So drohen Abschiebehaft und Ausweisung.

„Humanitäre Sprechstunde“

Auch die Kinder von Nichtversicherten sind in Deutschland (anders als in vielen anderen Ländern) nicht versichert. „Wir sehen also Lücken in der Gesundheitsversorgung, die teilweise zu bleibenden Schäden führen“, sagte Tiarks-Jungk. Sie schilderte das Projekt „Humanitäre Sprechstunde“ des Frankfurter Gesundheitsamts. Es hat das Ziel kostenfreie, auf Wunsch auch anonyme Gesundheitsversorgung für Menschen ohne Krankenversicherung anzubieten, die legal oder ohne Papiere in Frankfurt am Main leben. Fragen von Gleichheit und Gleichbehandlung in der Gesundheitsversorgung widmete sich Sybill Schulz vom Projekt „Empowerment für Diversität“ an der Charité in Berlin. Sie ging auf potenzielle Barrieren für Immigrierte, Geflüchtete oder Angehörige ethnischer Minderheiten ein.

Schambehaftete Übersetzungen

Da seien zum einen die Sprachbarrieren. Hinzugezogene Laiendolmetscher, zum Beispiel Familienangehörige, übersetzen

oft in Eile und fehlerhaft oder würden aus Scham Informationen filtern oder verschweigen. Dies könne zu Unzufriedenheit bei den Patienten und auch beim Gesundheitspersonal führen. Weitere Barrieren können erfahrungsgemäß sozio-kulturelle Missverständnisse, Stereotype und Vorurteile und Widerstände des Personals sein.

Susanne Herrmann, Stadtdirektorin des Gesundheitsreferats der Landeshauptstadt, beschrieb die Situation in München. München ist eine internationale Stadt. 49 Prozent der Bevölkerung haben einen Migrationshintergrund. Es ist schon für Einheimische schwer, das Gesundheitssystem zu verstehen. So kann man sich vorstellen, wie schwer es für Geflüchtete sein muss, sagte sie.


Maßnahmen der Landeshauptstadt München

Die Landeshauptstadt München hat daher verschiedene Angebote und Maßnahmen entwickelt. Dazu gehören eine Fachstelle Migration und Gesundheit im Gesundheitsreferat, die Finanzierung von Dolmetscherdiensten und freiwillige Zuschüsse der Landeshauptstadt zur Förderung gesundheitsbezogener Einrichtungen für Migranten, wie Herrmann ausführte.

Die schwierige Unterbringungssituation von Geflüchteten hat Auswirkungen auf die Gesundheit. Gerd Reifferscheid vom Katholischen Männerfürsorgeverein München befasste sich mit dem Thema Wohnungslosigkeit bei Migrantinnen und Migranten. Die Situation von wohnungslosen Migranten bzw. Geflüchteten ist nur bruchstückhaft mit empirischen Zahlen belegt, sagte er. Reifferscheid plädierte dafür, Ansprechpartner im Hilfesystem zu benennen und das hochdifferenzierte Netz von Hilfen der Wohnungslosen- und Migrationshilfen für die Mitarbeitenden präserter zu machen.

Diskussion in Themengalerien

In Themengalerien (siehe Schaukasten) diskutierten die Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer über Alltagsrassismus im Gesundheitswesen, die Begleitung von Migranten in Gesundheitseinrichtungen, Fragen der psychischen Gesundheit von geflüchteten Menschen, Gewaltschutz im Kontext von Flucht und Unterbringung sowie die Auswirkungen des Lebens am Rand der Gesellschaft. Die dort entwickelten Thesen wurden im Anschluss im Rahmen einer Podiumsdiskussion diskutiert. Dabei sprachen die Gesundheitsreferentin der Landeshauptstadt München, Beatrix Zurek, das Mitglied des Migrationsbeirates Sasan Harun-Mahdavi sowie Irmgard Pfaffinger, erste Vorsitzende des Ärztlichen Kreis- und Bezirksverbands München (ÄKBV München).

Zu den Empfehlungen aus den Themengalerien gehörten die Schaffung eines psychologischen Fachdienstes als Standard innerhalb der Asylsozialdienste sowie der Ausbau von Schutzräumen und Rückzugsmöglichkeiten in Unterkünften. 

Gero Kellermann

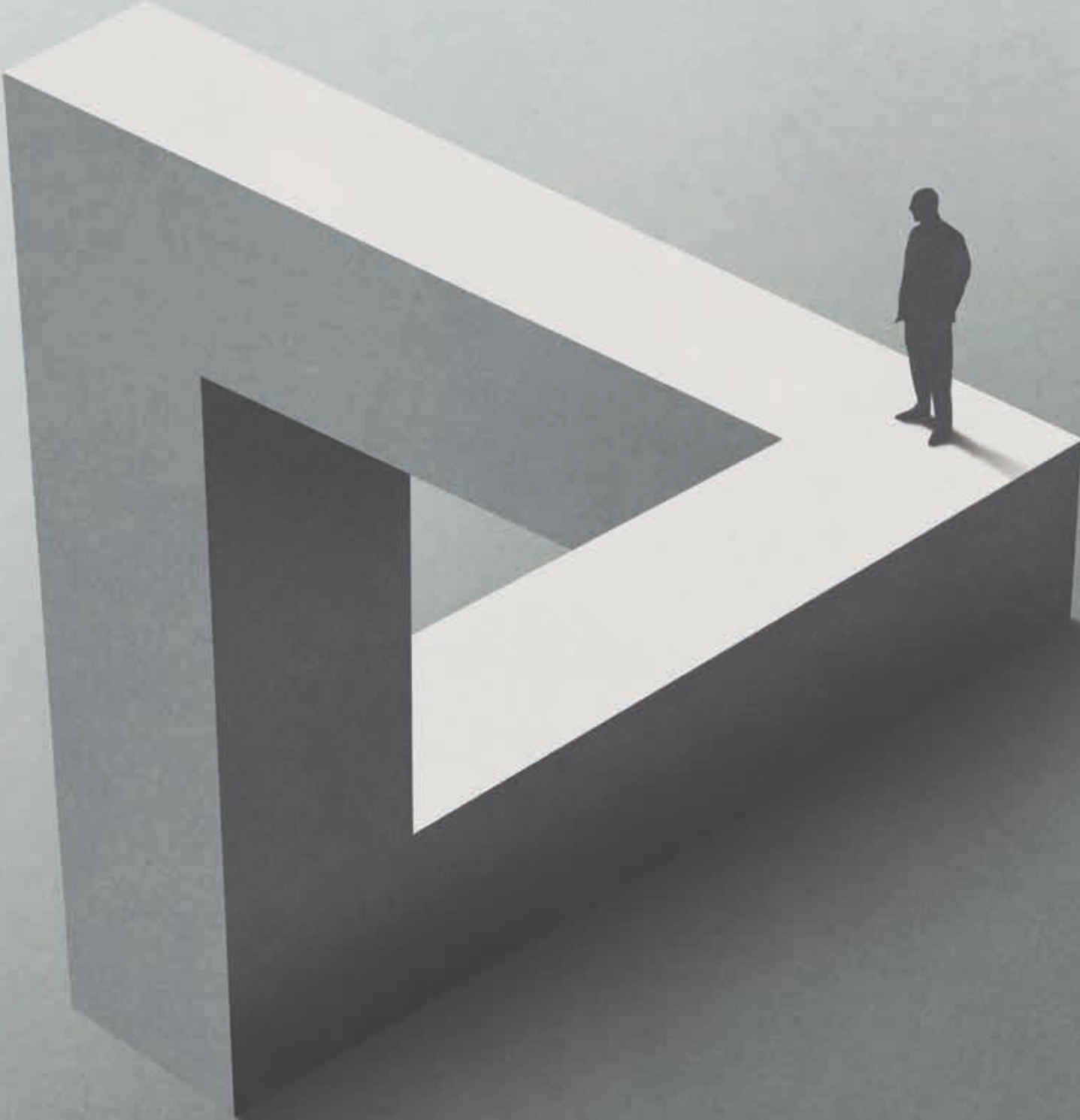


Illustration: iStock, francescoch



Fotos: Hadiz-Vukovic (APB), Illustration Jaromir 99, Luchterhand

BUCHLESUNG

Jaroslav Rudiš über Brücken im deutsch-tschechischen Miteinander

Deutschland und Tschechien verbindet eine lange, teils turbulente Geschichte. Mit ihr beschäftigt sich der tschechische Schriftsteller und Eisenbahnliebhaber Jaroslav Rudiš.

Er wohnt seit Jahren in Berlin, pendelt regelmäßig mit dem Zug nach Prag und lebt zwischen dem deutschen und dem tschechischen Kulturraum. Seine Bücher und Theaterstücke schreibt er in beiden Sprachen. Neben vielen literarischen Preisen ist er für seinen Beitrag zur Verständigung von Tschechen und Deutschen von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden. In der Akademie für Politische Bildung hat er aus seinem neuen Buch „Weihnachten in Prag“ gelesen – eine Erzählung, die er auf Deutsch verfasst hat – und er hat über das deutsch-tschechische Miteinander, Bier als böhmisch-bayerische Errungenschaft und den Zugverkehr zwischen München und Prag gesprochen.

Herr Rudiš, Sie haben sich in den 2000ern, als die jüngere deutsch-tschechische Vergangenheit auf beiden Seiten der Grenze noch starke Leidenschaften weckte, ganz bewusst öffentlich mit dieser auseinandergesetzt und sind teils auch angeeckt. 2019 erschien ihr Roman „Winterbergs letzte Reise“, in dem sie zum ersten Mal auf Deutsch statt auf Tschechisch schreiben. War das eine Provokation oder vielmehr Ausdruck eines Zusammenwachsens in Mitteleuropa?

Jaroslav Rudiš (J. R.): Nein, keine Provokation. Ich lebe sehr lange schon zwischen beiden Sprachen und beiden Ländern und sitze viel im Zug zwischen Prag und Berlin. Der Speisewagen ist mein Wohnzimmer und Schreibzimmer. Mit der deutschen Sprache bin ich aufgewachsen. Deutsch gab's im Gymnasium als Lernsprache und ich hatte Glück, dass ich großartige Lehrer hatte. Wir waren als Kinder und Jugendliche auch oft in der damaligen DDR, die nur eine Autostunde oder zwei Stunden mit dem Zug entfernt war. So viele Möglichkeiten zu reisen hatten wir damals nicht. So haben wir dort die Ferien verbracht und es sind Freundschaften und Liebschaften entstanden. Wir haben die deutschen Jugendlichen besucht und die haben uns besucht. Für Winterberg gibt es ein Vorbild, einen Freund von mir aus Leipzig. Der fährt mit einem Baedeker-Reiseführer aus dem Jahr 1913 durch die ehemalige k.-u.-k.-Monarchie und verbindet die Lektüre der Vergangenheit aus dem Baedeker mit dem, was er heute sieht, mit der Gegenwart. Er kennt sich wahnsinnig gut in Mitteleuropa aus. Ich fand das so

spannend, dass ich ihn gefragt habe, ob ich das in einem Buch verarbeiten könnte. Jetzt habe ich gerade ein Theaterstück auf Tschechisch geschrieben und an einem weiteren mitgeschrieben. „Weihnachten in Prag“ ist auf Deutsch verfasst. Für mich ist das die gelebte Normalität. Ich will mich um Gottes Willen nicht vergleichen mit Kafka, aber das ist wie die Normalität von Prag 1920 oder 1925. Das war einfach so.

Was haben die Deutschen und Tschechen gemein und was unterscheidet sie?

J. R.: Das, was uns verbindet, ist viel stärker und präsenter. Ich würde tatsächlich anfangen mit dem Bier. Ich erzähle gerne die Geschichte von Pilsner Urquell. Pilsen ist eine Stadt in Tschechien, aber es war ein Mann aus Bayern, den sie eingeladen hatten, Bier zu brauen. Das wurde nie erzählt. Es war eine Bierrevolution an diesem für viele Tschechen heiligen Tag, 5. Oktober 1842, als sie zum ersten Mal Pilsner Urquell gebraut haben. An diesem Tag hat sich die Bierkultur verändert. Man war so stolz auf dieses Bier, naše pivo, unser Bier, auf Tschechisch. Man hat ganz vergessen, dass es eine böhmisch-bayerische Errungenschaft ist. Das finde ich in der Tat ziemlich toll. Tschechien ist ein kleines Land im Vergleich zu Deutschland, zehneinhalb Millionen Einwohner. Manchmal ist den Tschechen Deutschland so nah, dass sie vergessen, dass es unglaubliche Unterschiede innerhalb Deutschlands gibt. Es gibt nicht nur ein Deutschland. Ich merke auch bei den Lesungen, wo mehr und wo weniger gelacht wird, wo der Humor anders funktioniert. Diese ganze Bierkultur ist in Bayern komplett anders als in Norddeutschland. Ich muss den Tschechen oft Deutschland erklären, auch in vielen Interviews. Ein großes Thema ist: Warum wollen die Deutschen plötzlich keine Atomkraftwerke mehr? Fast alle Tschechen sind für die Atomkraft, auch die Linksliberalen, die bei uns auch die grünen Themen besetzt haben. Tschechien steigt viel früher aus der Kohle aus als Deutschland, aber dafür wollen die Tschechen Atomkraftwerke. Sie verstehen nicht, warum die Deutschen ihre in diesen Kriegszeiten abgeschaltet haben. Es ist ein sehr kompliziertes Thema und ich scheitere bei der Erklärung fast immer.

Es ist gerade in diesen Zeiten unfassbar toll zu beobachten, wie gut alles läuft zwischen den Tschechen und den Deutschen – in der Politik, in der Wirtschaft, in der Kultur.

Wie würden Sie die deutsch-tschechischen Beziehungen am besten beschreiben?

J. R.: Es ist gerade in diesen Zeiten unfassbar toll zu beobachten, wie gut alles läuft zwischen den Tschechen und den Deutschen – in der Politik, in der Wirtschaft, in der Kultur. Es gab unfassbare Schwierigkeiten in den polnisch-tschechischen Beziehungen, als die PiS regiert hat. Auch zwischen Österreich und Tschechien gab es manchmal Auseinandersetzungen. Das kennt man zwischen Deutschland und Tschechien so gut wie gar nicht. Ich glaube auch, dass der Deutsch-Tschechische Zukunftsfond, der Programme für Jugendliche und Schulen, Lesungen und Konzerte und den Jugendaustausch fördert, etwas damit zu tun hat. Das würde ich nicht unterschätzen. Das gibt es interessanterweise zwischen Deutschland und Österreich nicht, ein gemeinsames Paket an Geld, aus dem man verschiedene Projekte finanzieren kann. Ich glaube, dass wir in einem sehr glücklichen Moment der deutsch-tschechischen Geschichte leben. Winterberg würde sich darüber freuen.

Ich verfolge Sie als Autor seit geraumer Zeit und Sie haben eines der Werke, die Sie auf Deutsch verfasst haben, jüngst in Prag vorgestellt – von einer Übersetzerin ins Tschechische übertragen. Das war die „Gebrauchsanweisung fürs Zugreisen“. In der Art und Weise, wie das Buch rezipiert wird, scheint die Tatsache, dass es auf Deutsch geschrieben ist, eine Nebensächlichkeit zu sein. Es kommt auf die Inhalte an und nicht darauf, dass dieser Autor ein Tscheche ist, der auf Deutsch schreibt. Trotzdem eine Nachfrage: Ihre Werke werden übersetzt. Michaela Škultéty ist



Jaroslav Rudiš hat eine Menge zu erzählen.

die Hauptübersetzerin ins Tschechische. Wie fühlen Sie sich, wenn Sie ihre deutschen Werke auf Tschechisch lesen? Fühlen Sie sich richtig verstanden, missinterpretiert oder sind Sie neugierig, wie sie letztlich in Ihrer Muttersprache klingen?

Ich arbeite sehr gerne mit anderen zusammen. Wenn man zu Hause ist als Schriftsteller, ist das schon ein einsamer Beruf. Deswegen schreibe ich auch viel in Zügen unter den Menschen, das stört mich gar nicht. Ich kann mich in Zügen toll konzentrieren. Aber es kommt auch immer eine kleine Geschichte dazu, die ich gleich integrieren kann.

J. R.: Michaela Škultéty gilt als eine der besten Übersetzerinnen überhaupt in Tschechien. Sie hat zum Beispiel Wolfgang Herrndorfs „Tschick“ ins Tschechische übersetzt, was auch ein großer Erfolg in Tschechien war, und sie hat viele Theaterstücke übersetzt. Wir haben natürlich ausgemacht, dass ich das noch einmal lesen und hier und da was verändern kann. Das mache ich übrigens auch mit den Übersetzungen aus dem Tschechischen. Das hängt damit zusammen, dass mir noch was einfällt. Etwas kommt weg und irgendwo wird ein Dialog noch einen Tick länger. Ich arbeite sehr gerne mit anderen zusammen. Wenn man zu Hause ist als Schriftsteller, ist das schon ein einsamer Beruf. Deswegen schreibe ich auch viel in Zügen unter den Menschen, das stört mich gar nicht. Ich kann mich in Zügen toll konzentrieren. Aber es kommt auch immer eine kleine Geschichte dazu, die ich gleich integrieren kann. „Winterberg“ habe ich tatsächlich viel im Zug geschrieben und an die Eisenbahn gedacht. Ich wollte, dass das ein musikalisches Werk ist, wie ein Libretto für eine Oper. So kommt es zu den Wiederholungen im Buch. Ich habe wirklich der Eisenbahn zugehört.

Die Eisenbahn verbindet. Es ist heutzutage aber tatsächlich so, dass die Zugfahrt von München nach Prag fast länger dauert als zur k.-u.-k.-Zeit.

J. R.: Ich fürchte auch. Kafka war einmal in München. Das war seine einzige Lesung im Ausland. Ich habe recherchiert, wie die Züge damals gefahren sind. Ich glaube, sie sind einen Tick länger gefahren als heute. Es ist schon traurig, dass das fast sechs Stunden dauert – und dazu auch noch ohne Speisewagen. Die tschechische Seite war an der funktionierenden Bahnverbindung viel mehr interessiert als die bayerische. Das hat sich jetzt geändert. Die Strecke wurde zur Ausschreibung gegeben. Aber es hat wirklich Jahrzehnte gedauert. Zwischen Böhmen und Bayern herrscht sogar noch Dieselverkehr, was sehr oldschool ist. Auf der tschechischen Seite wird die Strecke schon

zweigleisig ausgebaut und elektrifiziert. Aber dann kommen sie nach Furth im Wald und dann ... mal sehen. Ich finde es ein bisschen traurig, dass es so ist, wie es ist.

An der Tatsache, dass wir über Züge in den deutsch-tschechischen Beziehungen reden, kann man, glaube ich, sehen, dass sie sehr gut sind und dass man zu alltäglichen Herausforderungen gekommen ist – nach einer jahrzehntelangen Aufzählung gegenseitig erlittenen Unrechts in der Vergangenheit. ...

J. R.: Ja. Vollkommen.

... Ich will noch eine letzte Frage zu Ihrer Heimat stellen – und zwar nicht, ob das der von Ihnen so geschätzte Speisewagen ist, sondern was für Sie die Heimat in Mitteleuropa ausmacht.

J. R.: Das ist wirklich sehr kompliziert. Meine Partnerin und ich wohnen in Berlin. Dann gibt es aber auch meine Familie in Tschechien. Zum Glück ist das nicht so weit. Es sind um die 340 Kilometer. Man kann fast pendeln und ich bin oft im Böhmisches Paradies [die Mittelgebirgslandschaft Český ráj, Anm. d. Red.] bei meinen Eltern und irgendwo dazwischen. In den beiden Sprachen, in diesem Mitteleuropa, ist meine Heimat. Es betrifft viele, die in zwei Sprachen unterwegs sind, dass man hin und her gerissen ist. Aber ich glaube, unser Mitteleuropa ist ein ziemlich großartiges Fleckchen Erde. Ich bin hier sehr zufrieden und fühle mich wohl. Wenn ich in Bayern vorlese, zum Beispiel in Regensburg oder in München, dann kommen viele Leute und ich muss vieles nicht erklären. Wenn man dann aber irgendwo in Nordrhein-Westfalen ist, dann muss man schon mehr erklären. Das verstehe ich aber auch. Von dort ist es ziemlich weit nach Prag.

In den beiden Sprachen, in diesem Mitteleuropa, ist meine Heimat. Es betrifft viele, die in zwei Sprachen unterwegs sind, dass man hin und her gerissen ist. Aber ich glaube, unser Mitteleuropa ist ein ziemlich großartiges Fleckchen Erde. Ich bin hier sehr zufrieden und fühle mich wohl.

Jetzt habe ich herausgehört, dass unter den deutsch-tschechischen Beziehungen die bayerisch-böhmischen die noch exklusiveren sind.

J. R.: Auf jeden Fall. Das würde ich auch so sehen. Das freut uns natürlich. Vielen Dank für das Gespräch! 📺

Interview:
Andreas Kalina

Bearbeitung:
Konstantin Hadzi-Vukovic, Beate Winterer



Andreas Kalina im Gespräch.



Porträtkasten

Jaroslav Rudiš ist Schriftsteller, Drehbuchautor, Dramatiker und Musiker. Geboren wurde er 1972 in Turnov in der damaligen Tschechoslowakei. Er studierte Deutsch und Geschichte in Liberec, Zürich und Berlin. An der Humboldt-Universität zu Berlin hatte Rudiš die Siegfried-Unseld-Gastprofessur inne. Zu seinem literarischen Werk gehören u. a. die aus dem Tschechischen übersetzten Romane „Der Himmel unter Berlin“ (2002), „Grand Hotel“ (2006), „Die Stille in Prag“ (2007), „Vom Ende des Punks in Helsinki“ (2010) oder „Nationalstraße“ (2013). „Winterbergs letzte Reise“ (2019) ist der erste Roman, den Jaroslav Rudiš auf Deutsch geschrieben hat und der sogleich für den Preis der Leipziger Buchmesse nominiert worden ist. Es folgten u. a. „Gebrauchsanweisung fürs Zugreisen“ (2021) und „Weihnachten in Prag“ (2023). Neben Romanen und Erzählungen verfasst Rudiš auch Theaterstücke, darunter etwa „Alois Nebel“ (2005), das später als Graphic Novel adaptiert und als Animationsfilm 2012 mit dem Europäischen Filmpreis ausgezeichnet worden ist. Für sein Werk wurde er mit einer Reihe an Literaturpreisen bedacht: u. a. mit dem Preis der Literaturhäuser (2018), mit dem Chamisso-Preis (2019) – oder in Tschechien mit dem renommierten Karel-Capek-Preis (2022). 2024 erhält er den Mörike-Preis. Jenseits des Literarischen wurde Rudiš 2021 für seinen Beitrag zur Verständigung von Tschechen und Deutschen das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Es folgten u. a. „Gebrauchsanweisung fürs Zugreisen“ (2021) und „Weihnachten in Prag“ (2023). Neben Romanen und Erzählungen verfasst Rudiš auch Theaterstücke, darunter etwa „Alois Nebel“ (2005), das später als Graphic Novel adaptiert und als Animationsfilm 2012 mit dem Europäischen Filmpreis ausgezeichnet worden ist. Für sein Werk wurde er mit einer Reihe an Literaturpreisen bedacht: u. a. mit dem Preis der Literaturhäuser (2018), mit dem Chamisso-Preis (2019) – oder in Tschechien mit dem renommierten Karel-Capek-Preis (2022). 2024 erhält er den Mörike-Preis. Jenseits des Literarischen wurde Rudiš 2021 für seinen Beitrag zur Verständigung von Tschechen und Deutschen das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Linktipp:



Jaroslav Rudiš liest aus "Weihnachten in Prag":
bit.ly/rudis



Ursula Münch, Wolfgang Schäuble, Hans-Jürgen Papier und Gero Kellermann – ein Bild aus 2021 an der Akademie. Foto: Winterer (APB)

NACHRUF AUF WOLFGANG SCHÄUBLE

Zum Tod von Wolfgang Schäuble

Er gilt als „Architekt der Deutschen Einheit“. Auch an der europäischen Nachkriegsgeschichte hat Wolfgang Schäuble mitgeschrieben. Dazwischen kam er immer wieder in die Akademie.

„Die Fähigkeit, sich selbst kritisch zu befragen und sich zu korrigieren, ist der entscheidende Vorzug der Demokratie gegenüber anderen politischen Herrschaftsmodellen. Er sichert ihre Anpassungsfähigkeit“, sagte der damalige Bundestagspräsident im Sommer 2021 in der Akademie. Zuvor war er, während seines Urlaubs, nach einer fünfstündigen Autofahrt aus seiner Heimatstadt Offenburg nach Tutzing gekommen. Er hielt den Eröffnungsvortrag beim Forum Verfassungspolitik, der Kooperationstagung der Akademie mit dem ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier. Thema war „Die Zukunft der liberalen Demokratie“.

Deutschland und Europa

Dreizehn Jahre zuvor hatten beide schon einmal gemeinsam auf einer Akademietagung gesprochen: Im Jahr 2008 ging es um „Freiheit und Sicherheit“. Die Tagung hatte der damals amtierende Bundesverfassungsgerichtspräsident Papier mit einem Vortrag eröffnet, Schäuble sprach danach als Bundesinnenminister über „Freiheit und Sicherheit in Deutschland und Europa“. An dieser Tagung hatte auch der ehemalige Bundesinnenminister Gerhart Baum teilgenommen, der erst kürzlich in der Akademie an die damalige Diskussion mit Schäuble erinnerte (siehe Bericht auf S. 16).

Im Jahr 2004 reflektierte Schäuble als außenpolitischer Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion über Europa und das Verhältnis zu den USA. „Die Welt braucht Europa“, resümierte er damals in Tutzing. Die Stabilität in der Welt sei nur mittels multilateraler Strukturen zu erreichen (siehe Tagungsbericht Dick/Schölderle, Akademie-Report 3/2004, S. 5). Ein Jahr später zog er als Bundesinnenminister mit Hans-Jochen Vogel bei einer Kooperationstagung mit der Evangelischen Akademie eine Zwischenbilanz zur Deutschen Einheit.

Demokratie ist nicht selbstverständlich

Den oben von ihm genannten Vorzug der Demokratie, sich selbst kritisch zu befragen, lebte Schäuble gewissermaßen vor: indem er den alltäglichen Politikbetrieb für kurze Zeit verließ, um sich in der Akademie den Diskussionen zu stellen. „Die größte Herausforderung liegt wohl darin, dass wir dazu neigen, die Demokratie als gegeben, als selbstverständlich anzusehen. Das ist sie nicht. Demokratien verändern sich, sie passen sich an, sie können auch enden, wie gerade wir Deutsche wissen“, sagte er bei dem besagten Forum Verfassungspolitik im Jahr 2021. Wolfgang Schäubles Engagement für die politische Bildungsarbeit der Akademie bleibt unvergessen.



Gero Kellermann



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Kollegium

Dr. Gero Kellermann nahm in Karlsruhe auf Einladung des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts an der Feierstunde zum 80. Geburtstag des ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier teil. Er koordiniert beim Wertebündnis Bayern die Arbeitsgruppe zur „Verfassungsviertelstunde“ gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Bayerischen Philologenverbands Michael Schwägerl. Im Klinikum rechts der Isar moderierte er den ersten deutsch-iranischen Ärztekongress.

Dr. Andreas Kalina hielt an der TUM School of Engineering and Design der Technischen Universität München eine Vorlesung zum Thema „'Die Demokratie zurückholen'? Regieren in Zeiten globaler Umbrüche und Unsicherheiten“.

Laura Martena, M.A., hielt im Rahmen der Online-Reihe "Akademie am Abend" einen Vortrag über das

Phänomen des Hasses. An der Katholischen Stiftungshochschule München, Campus Benediktbeuern, gab sie ein Seminar unter dem Titel „Demokratie, Ungehorsam, Widerstand“. Es befasste sich aus Perspektive der Demokratietheorie, der politischen Ethik und der Sozialen Arbeit mit aktuellen Protestbewegungen und allgemein dem Konzept des Zivilen Ungehorsams.

Jörg Siegmund, M.A., hat in mehreren Vorträgen die Ergebnisse der bayerischen Landtagswahl vom Herbst 2023, die sich daraus ergebenden Veränderungen des bayerischen Parteiensystems und mögliche Folgen für die kommende Bundestagswahl – auch angesichts des geänderten Wahlsystems – analysiert.

Dr. Giulia Mennillo übernahm den externen Lehrauftrag zum Thema "Global Economics & Politics" an der Campus M University, dem mobilen Studienprogramm der Hochschule Mittweida.

Beirat

Die Ergebnisse der bayerischen Landtagswahl führen auch zu Veränderungen bei der Zusammensetzung des Beirats der Akademie. Mit dem Ausscheiden der FDP aus dem Landesparlament gehört deren

bisheriger Vertreter **Daniel Föst, MdB**, diesem Akademiegremium nicht mehr an. Wir bedanken uns sehr bei Herrn Föst für die engagierte und konstruktive Zusammenarbeit im Beirat.

Kuratorium

Eva Weber, Oberbürgermeisterin der Stadt Augsburg, wurde zum 23.10.2023 als Nachfolgerin des langjährigen Vertreters des Bayerischen Städtetages, **Josef Deimer**, in das Kuratorium der Akademie berufen. **Martin Hagen** ist mit Ablauf des 31.12.2023 als Vertreter der FDP aus dem Kuratorium

ausgeschieden, da diese Partei seit der bayerischen Landtagswahl im Herbst 2023 nicht mehr entsendeberechtigt ist. Wir danken Josef Deimer und Martin Hagen für die vertrauensvolle und bereichernde Mitarbeit und freuen uns auf die künftige Zusammenarbeit mit Eva Weber.





Namen und Nachrichten aus der Akademie

Direktorin

Viel Lektüre ging der Laudatio voraus, die die Direktorin auf den Schriftsteller und Juraprofessor Bernhard Schlink anlässlich der Verleihung des Max-Friedlaender-Preises des Bayerischen Anwaltverbandes halten durfte. Zum Nachlesen siehe Verweis unter Links.

Anlässlich des Bayerischen Verfassungstages am 1. Dezember sprach sie in ihrer Festrede über den Schutz der liberalen Demokratie in Zeiten digitaler Manipulation. In der Podiumsrunde des Bayerischen Vereins für Heimatpflege u.a. mit dem Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs ging es nicht nur um Sinn und mögliche Inhalte der „Verfassungsviertelstunde“, sondern auch um das jeweilige „Lieblings-Grundrecht“: Die Präferenzen der Diskutanten sowie eine sehr gelungene Vertonung einzelner Artikel durch Marion Drasch sind nachhörbar, siehe hierfür Verweis unter Links.

Das Europäische Zentrum für Föderalismusforschung an der Universität Tübingen, das u.a. das „Jahrbuch des Föderalismus“ herausgibt, feierte Ende 2023 sein 30-jähriges Bestehen. Beim Festakt

in Tübingen sprach **Prof. Dr. Ursula Münch** zum Thema "Wenn Deutschlandtempo auf Föderalismus trifft. Zukunftsperspektiven des deutschen Bundesstaates". Bei einem Seminar der Jungen Liberalen im Umfeld des Stuttgarter Dreikönigstreffens referierte sie über die Zukunft der Europäischen Union. Und beim Neujahrsempfang des Bayerischen Jugendrings sprach sie – wie sehr oft dieser Tage – zum Thema „Demokratie in Gefahr“. In der „Theaterhalle am Dom“ in Würzburg trug Prof. Dr. Ursula Münch vor zum Thema „Enttäuschung vorprogrammiert? Politisches Handeln in einer Welt notorischer Ungewissheit“.



Links:

bit.ly/friedlaender



bit.ly/heimatpflege

Akademie-Report

Herausgeber: Akademie für Politische Bildung | Buchensee 1 | 82327 Tutzing | Tel. 08158/256-0 | Fax 08158/256-14

Internet: <https://www.apb-tutzing.de> | E-Mail: k.klemm-vollmer@apb-tutzing.de

Redaktion: Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.), Dr. Kinza Khan (Redaktion)

Karin Klemm-Vollmer (Layout und Gestaltung) | Layout-Konzept: Michael Berwanger | Agentur Tausendblauwerk | www.tausendblauwerk.de

Druck: Satz & Druck Molnar | Blumenstraße 26 | 82407 Wielenbach | Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben.